

HINWEISE DER GESCHÄFTSSTELLE

Zuschriften an die Redaktion der Grenzfriedenshefte erbitten wir in Zukunft an die Anschrift der Geschäftsstelle

Die Mitgliederversammlung wird in diesem Jahre am 15. Mai 1982 ab 10.00 Uhr im Deutschen Haus in Flensburg stattfinden. Der Vorstand bittet, den Termin schon jetzt vorzumerken.

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Walter Harenberg

Sprechzeit: Montag-Freitag 9.30-12.00 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020

Postscheckkonto: Hamburg 114 07-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Dr. Peter Bendixen</i> Unser kultureller Auftrag im Grenzraum	5
<i>Frederik Rudbeck</i> Wieviel leichter könnte es doch sein	12
<i>Dr. Bernd Henningsen</i> Regionalismus und nationale Minderheiten	15
<i>Ernst Vollertsen</i> Zeitungen — Sprachrohr der Minderheiten?	26
<i>Jörgen Detlefsen</i> Dänemark zwischen zwei Wahlen	29
<i>Dr. Rüdiger Wenzel</i> Krise ohne Ende?	38
<i>Dr. Rudolf Rietzler</i> Die „amputierte Nordmark“ im Vorfeld des Nationalsozialismus	43
Umschau ab Seite 54	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.
Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.
Redaktion der Grenzfriedenshefte, Südergraben 53, 2390 Flensburg.
Druck: Severin GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

EIN WORT VORWEG

Herr Kultusminister Dr. Peter Bendixen hat uns freundlicherweise den Text seiner Rede überlassen, die er bei einem Empfang des Deutschen Grenzvereins während der Januartagung des Bundes deutscher Nordschleswiger in der Akademie Sankelmark gehalten hat. Wir möchten seine grundsätzlichen Ausführungen über deutsche Kulturarbeit im Grenzland gern einem weiteren Leserkreis zugänglich machen. Von Sankelmark stammt auch der Vortrag des gebürtigen Flensburgers Dr. Bernd Henningsen, der als Politologe an der Universität München tätig ist. Zwei dänische Stimmen kommen mit Frederik Rudbeck, dem Landessekretär von Dansk Grænseforeninger und Ernst Vollertsen, dem Vorsitzenden des SSV, zu Gehör.

Unser Bemühen, Geschichte aufzuarbeiten und durchschaubar zu machen, setzen wir mit dem Aufsatz von Dr. Rudolf Rietzler fort; die Arbeit kann nach Meinung der Redaktion ein Beitrag für die in Deutschland vielfach versäumte Bewältigung der Vergangenheit sein, indem unter Anlegung streng wissenschaftlicher Maßstäbe Fakten aufgezeigt und Zusammenhänge offengelegt werden, die uns nachdenklich machen sollten. Es geht nicht um die Personen, die vielen von uns noch bekannt sind, sondern um die Darstellung des sog. Zeitgeistes in den Jahrzehnten vor 1933.

Jörgen Detlefsen, NDR-Redakteur beim Studio Flensburg und kritisch-freundlicher Beobachter der dänischen Szene, hat beim Deutsch-Dänischen Verein in Hamburg unter der Überschrift „Dänemark zwischen zwei Wahlen“ manchen interessanten Einblick in die politischen und wirtschaftlichen Probleme unseres Nachbarlandes gegeben. Das gilt auch für den Beitrag von Dr. Rüdiger Wenzel. Berichte und Kommentare zu dem Geschehen in dem uns benachbarten Königreich wollen wir in Zukunft häufiger als bisher bringen. Wir hoffen, durch

Informationen dieser Art einen Beitrag zur Verständigung zwischen unseren Ländern zu leisten; denn Informationen schaffen Wissen, und Wissen schafft Verständnis, und aus Verständnis folgt Verständigung usw., und das will der Grenzfriedensbund.

Artur Thomsen

Unser kultureller Auftrag im Grenzraum^{*}

Auf den Einladungen ist das Thema „Unser kultureller Auftrag im Grenzraum“ ohne abschließendes Satzzeichen aufgeführt. Dies mag Zufall, dies kann aber auch beabsichtigt sein. Kann man sich doch als Abschluß dieser Überschrift ein deutliches Ausrufezeichen denken, einen schlichten Punkt, ein zweifelndes Fragezeichen, d. h. es sind *Alternativen* vorstellbar: Bekenntnis zu einem klaren kulturellen Auftrag diesseits und jenseits der Grenze *oder aber* kontinuierliche Verringerung aller Anstrengungen, die der Aufrechterhaltung der kulturellen Eigenständigkeit dienen, um so dem scheinbar zeitgemäßen Auftrag nach mehr europäischem Miteinander unter Einebnung der regionalen Eigenart zu genügen. Eine solche alternative Fragestellung ist sowohl aus übergeordneter europäischer als auch aus der Sicht des regionalen Neben- und Miteinanders gerade im deutschdänischen Grenzraum zunächst zulässig. Voraussetzung für die Beantwortung ist eine Standortbestimmung darüber, was unter Zugehörigkeit zu einer kulturellen Gemeinschaft verstanden wird, wobei es nicht um eine wissenschaftliche Aussage geht.

Kulturelle Eigenständigkeit ist stets mehr oder weniger unreflektiert von Völkern und Volksgruppen empfunden und — dies ist entscheidend! — gelebt worden. Die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Kulturkreis ist primär etwas Vorgegebenes und weniger durch Begründung Nachvollziehbares. In der Geschichte der Menschen begegnen wir immer wieder der Erscheinung, daß nationale und kulturelle Grundlagen von ganzen Völkern und von Minderheiten sich über Generationen hinweg erhalten, die Verschiebung nationaler Grenzen überdauern und sogar die zeitweise Zerstörung von Eigenstaatlichkeit überleben. In dieser Hinsicht kann man aus der Geschichte lernen — wenn vielleicht auch nicht letztlich rational begründen —, daß das Bekenntnis zu einer kulturellen Gemeinschaft offensichtlich ebenso ein inneres Lebensbedürfnis des Menschen ist wie die Einbettung in die Familie oder die Suche nach sinnstiftender Transzendenz. Ehe wir Überlegungen darüber anstellen, wie unser kultureller Auftrag im Grenzland aussehen mag, sollten wir nach dem fragen, was unter der Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis verstanden werden kann.

Dabei gilt es zunächst, die Belastungen zur Kenntnis zu nehmen, denen die Begriffe „Deutsche Kultur“ und „Deutsche Nation“ ausgesetzt waren, aber auch die Tatsache, daß wir unser staatliches und nationales Bewußtsein auf eine neue, ebenfalls historische Grundlage gestellt haben.

^{*} Ansprache des Kultusministers Dr. Peter Bendixen am 9. Januar 1982, auf der Tagung des Bundes Deutscher Nordschleswiger, in der Akademie Sankelmark.

Heute aus übergeordneter Sicht von der Zugehörigkeit zu einem Kulturkreis zu sprechen, setzt eine sehr vielschichtige Betrachtungsweise voraus. Dies läßt sich für die Einbindung in eine übergreifende deutsche kulturelle Gemeinschaft besonders deutlich machen. Einige wesentliche Grundzüge seien genannt:

Die deutsche Sprache ist ein bedeutsamer Weg für den Zugang zur deutschen Kultur. Dies gilt für die Literatur, für die Ideenwelt und für die Wertvorstellungen. Es gilt für die Hochsprache, für das Niederdeutsche und für das Friesische, für das Buch, die Medien, das Theater und das Laienspiel.

Die Musik, die Darstellende und die Bildende Kunst sind Ausdruck von tiefgehenden Empfindungen und Vorstellungen. Somit tragen auch sie dazu bei, deutsche Kultur zu erschließen.

Charakteristisch ist die gemeinsame Verwurzelung der Angehörigen eines Kulturkreises in der Geschichte und in der historischen Gestaltung einer Kulturlandschaft. Das gemeinsame Erleben der Höhen und Tiefen der Entwicklung in einem bestimmten Raum, die gemeinsamen Anstrengungen, Herausforderungen zu begegnen und Ideale zu verwirklichen, sind letztlich kulturelle Bande. In Baudenkmälern, in Schlössern und Herrenhäusern, in Bauernhöfen und Stadtvierteln, in Archiven und Museen wird Geschichte sichtbar und aufbewahrt.

Den Angehörigen eines Kulturkreises ist ein sie verbindendes Heimatbewußtsein gemeinsam. Sicherlich sind Begriffe wie „Heimat“, „Nation“, „Volk“ und „Vaterland“ gerade in Deutschland historisch belastet. Die Unschärfe und Unsicherheit im Umgang mit diesen Begriffen ist jedoch nicht nur eine Folge der historischen Erfahrung, sondern auch des Verlustes menschlicher Bindungen. Die Heimat im Bewußtsein aller Bürger fest zu verankern, ist eine kulturelle Tat. Diesem widerspricht nicht der Wille zur Weltoffenheit.

Heimatbewußtsein ist für viele unserer Mitmenschen offensichtlich eine Antwort auf Äußerungen unserer gegenwärtigen Welt, die in großem Umfange von Technisierung, von Uniformität geprägt ist, und die dem einzelnen immer weniger Raum für die Gestaltung seiner Persönlichkeit zu belassen droht.

Eine Besonderheit unseres Kulturkreises liegt in seiner ideologischen und politischen Teilung. Wir beschränken den Begriff Kultur nicht auf einen, den freien Teil des deutschen Volkes; die Kulturleistungen *aller* Deutschen sind Teil unserer Geschichte und Teil unseres kulturellen Erbes. Die Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis schließt das ost- und mitteldeutsche Kulturgut mit ein. Merkmal kultureller Identität ist auch die Art und Weise, wie ein Volk oder eine Volksgruppe bestimmten aktuellen Herausforderungen begegnet. Wir dürfen heute feststellen, daß das geistige Deutschland wieder stark an Kraft und Ausstrahlung gewonnen hat. Getragen vom Willen und vom Einsatz der Bürger haben wir nach 1945 einen freien, weltoffenen Staat mit einem regen geistigen und kulturellen Leben schaffen

können, in dem sich zu leben lohnt. Wir können alle mit gutem Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl auf die Bundesrepublik Deutschland hinweisen und uns dem deutschen Kulturkreis der Gegenwart zugehörig fühlen. Wir haben mit unserem Staats- und Rechtswesen, mit unserer Wirtschafts- und Sozialordnung eine eigene Antwort auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Anforderungen der Zeit gefunden.

Im deutlichen Bekenntnis zu der Art und Weise, wie Menschen miteinander leben und Leben gestalten, drückt sich kulturelle Gemeinsamkeit aus. Dies war und ist offensichtlich ein Grundanliegen von Menschen, Gruppen und Völkern, die in einem bestimmten Raum *zusammen* und nicht nebeneinander leben und wirken. Im übereinstimmenden Empfinden und in diesem Gefühl der Gemeinsamkeit eher als im rationalen Durchdringen der eigenen Situation wird kulturelle Zusammengehörigkeit deutlich.

Wo Völker, Volksgruppen oder Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebensweisen, Sprachen und kulturellem Schaffen aufeinander treffen und nebeneinander leben, stellt sich die Frage nach der kulturellen Zugehörigkeit als eine Identitäts-, häufig als eine Überlebensfrage.

Die Grenze des deutsch-dänischen Raumes hat nicht die trennende Schärfe manch anderer Grenze in Europa, auch nicht deren geographische Offensichtlichkeit. In seiner regionalen Lage, in der Ausstattung, in den Schwerpunkten seiner Wirtschafts- und Erwerbszweige ist dieser Raum eher durch Gemeinsames als durch Trennendes gekennzeichnet. Die Übereinstimmung in der Art und Weise, wie die Menschen hier ihre Aufgaben und Schwierigkeiten meistern, sind eher größer als die Abweichungen.

Wenn nunmehr ein starker Zusammenhalt in der Gestaltung der Kulturlandschaft sowie der Lebensweise und eine Eigenständigkeit im Kulturellen festgestellt wird, so läßt sich dies aus dem übergeordneten Verständnis der Zugehörigkeit zu einem bestimmten — einem deutschen oder dänischen — Kulturkreis begründen.

Nun mag mancher nach dieser allgemeinen Erörterung kultureller Merkmale einwenden, dies gäbe es schließlich überall: Literatur, Kunst, Geschichte, Heimat, Brauchtum seien nichts spezifisch Deutsches oder Dänisches. Sie seien in jedem Teil der Welt anzutreffen, nur die äußere und sprachliche Gestalt seien anders. Deshalb solle es kein besonderes *nationales* Kulturbekenntnis in einer Zeit weltweiter Verflechtungen und kosmopolitischer Geisteshaltung geben. Die aus der Erfahrung gewonnene Einsicht jedoch spricht dagegen. Jede nationale Kultur ist innerlich anders strukturiert, geistig in besonderer Weise gestaltet, geht von einem ausgeprägten Menschenbild und Weltverständnis aus, steht in Verbindung mit einer oftmals unterschiedlichen Lebensweise, ist eingebettet in den unveränderbaren Verlauf der eigenen Geschichte.

Wer wollte leugnen, daß es nicht nur einen individuellen, sondern auch einen

nationalen Charakter gibt, der den einzelnen wie auch die Gemeinschaft prägt? Deshalb ist nationales Kulturbekenntnis nichts Künstliches, sondern natürliches Wesensmerkmal menschlicher Existenz und Grundlage von Gemeinschaftsbildung.

Aus alledem folgt auch für den deutsch-dänischen Grenzraum, daß hier *zwei Kulturen* aufeinander treffen. Daraus erwachsen besondere Anforderungen für die Menschen:

Sie müssen sich ihrer eigenen Identität bewußt bleiben, diese pflegen und sie zugleich in das Ganze mit einbringen; sie müssen zwischen der deutschen und der dänischen Kultur vermitteln.

Die Chance des Grenzraumes muß als Begegnungsregion mit vielfältigem Erfahrungsaustausch und fruchtbaren Wechselwirkungen auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Chancengleichheit genutzt werden.

Anlaß und vorhandene Bedingungen für grenzüberschreitendes Zusammenwirken auf wirtschaftlichem, auf technischem, auf regionalplanerischem, auf bildungspolitischem und auf kommunalpolitischem Gebiet sind zu nutzen. Insgesamt bleibt festzustellen, daß sich für den deutsch-dänischen Grenzraum die Frage nach dem Vorhandensein eines besonderen kulturellen Auftrages sowohl aus übergeordneter wie aus regionaler Sicht bejahen läßt.

Die eingangs gestellte Frage nach möglichen Satzzeichen am Ende des ausgedruckten Themas möchte ich selbst so beantworten, daß ein schlichter Punkt angemessen wäre. Er drückt einfach aus: Es gibt einen kulturellen Auftrag, er soll auf ganz natürliche Weise erfüllt werden, ohne Pathos und Eifer; die Unterstützung durch andere ist möglich und gegeben.

Die Verbände und Einrichtungen erfüllen im Grenzraum eine unverzichtbare Aufgabe. Stellvertretend für viele nenne ich zum einen den Bund Deutscher Nordschleswiger und zum anderen den Gastgeber des heutigen Abends, den Deutschen Grenzverein.

Im Namen der Landesregierung danke ich Ihnen herzlich für Ihre aufopfernde und überaus fruchtbare Tätigkeit. Die schleswig-holsteinische Landesregierung wünscht Ihnen für das neue Jahr von Herzen eine erfolgreiche Arbeit für die Menschen.

Über die Richtung der künftigen Entwicklung der Arbeit stellte Dr. Schlegelberger am Schluß seines Artikels über Preußen im „Nordschleswiger“ vom 4. Oktober 1980 folgendes fest:

„Auf eine gute Nachbarschaft des Respekts und des vernünftigen Interessenausgleiches, auf eine Nachbarschaft mit Herz und Verstand!“

Es gab Zeiten in der Geschichte des Grenzlandes — und ich erinnere an das 18. oder den Anfang des 19. Jahrhunderts —, da wäre ein solcher Wunsch aufgrund der gegenseitigen Akzeptanz als selbstverständlich erschienen. Es gab eine

weitere Zeit — und hier sei vor allem an die Periode der ideologischen Spannungen zwischen den beiden Völkern erinnert —, da wäre ein solcher Wunsch verfrüht gewesen. Heute ist er gültig und richtungsweisend, auch wenn das Miteinander im Grenzraum vor neuen Anforderungen steht.

Mit den Minderheitenerklärungen des Jahres 1955 wurden die Grundlagen für den Modellfall einer echten Zusammenarbeit im europäischen Geiste geschaffen. Der Grundstein für ein gedeihliches Zusammenleben von Menschen, zwischen Mehrheit und Minderheit, ist spätestens seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen erprobt und gefestigt worden. Letztere erfüllen die Aufgabe, den Menschen in unserer Zeit in seinem Freiheitsraum zu schützen und zu stärken. Sie geben dem Bürger über die Bindung an Sprache, Geschichte und Kultur seines Volkes die Chance, Gemeinsamkeit zu erleben.

Die deutschen Nordschleswiger haben eine Aufgabe im europäischen Geist, die sie aber nur dann leisten können, wenn sie ihre Eigenart und ihre Bindung an den deutschen Kulturkreis erhalten. Es ist ein schmaler Pfad zwischen der notwendigen Erhaltung der Eigenart und der Eingliederung in das Gemeinwesen, das sie trägt. Er kann nicht Aufgabe des eigenen Standpunktes bedeuten, sondern Selbstbewußtsein ohne Selbstüberschätzung und Selbstbehauptung unter Achtung des Partners.

In vielfältigen Bereichen bieten sich Betätigungsfelder für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig an. Die entscheidende Rolle der Sprache ist bereits erwähnt worden. Eine große Aufgabe ist mit der Kindergartenarbeit des Deutschen Schul- und Sprachvereins verbunden, mit den deutschen Schulen, den deutschen Büchereien, dem deutschen Theater. Gemeinschaftsbildend und unentbehrlich für das Leben der Volksgruppe ist der „Nordschleswiger“. Als Weggefährte der Deutschen Volksgruppe wirkt er über sein Informationsangebot hinaus wesentlich bei der Meinungsbildung im Grenzland mit. Zusammenfassend zu den Aufgaben der Deutschen Volksgruppe in den 80er Jahren stellte Gerhard Schmidt im Oktober 1980 ihre zweiseitige Verantwortung heraus:

„Das Bekenntnis zum Deutschtum ist uns Verpflichtung und auch heute und in Zukunft die Grundlage unserer Arbeit. Dieses Bekenntnis bedeutet aber nicht, daß wir uns isolieren wollen. Im Gegenteil, wir legen als Bürger Dänemarks Wert darauf, an den gesellschaftlichen Aufgaben in allen Bereichen ... mitzuwirken, und wir bemühen uns, im Sinne der viel zitierten Brückenfunktion der Minderheiten unseres Grenzlandes die Grenze zu überwinden und zu Wechselwirkungen über die Grenze hinweg beizutragen!“

Die übergeordnete Sichtweise kultureller Identität, die regionalen Besonderheiten der deutsch-dänischen Grenzregion und schließlich Stellung und Selbstverständnis der Nordschleswiger bilden den Rahmen für die Beantwortung der Frage: Wie lautet „Unser kultureller Auftrag im Grenzraum?“ Lassen Sie mich

dazu folgende Thesen nennen:

1. Es geht darum, deutsche Kultur in ihrer historischen Bindung, ihren aktuellen Bezügen und ihrer großen Vielfalt im Grenzraum lebendig zu erhalten. Das heißt, sie bewußt zu pflegen und sie weiterzugeben.
2. Es ist die Aufgabe, deutsche Kultur in ihrer ganzen Breite — in ihrem Reichtum von künstlerischem Schaffen bis zur typischen Lebensart — zu präsentieren und glaubwürdig zu vertreten. Dies geschieht parallel zum dänischen und dänischgesonnenen Mitbürger.
3. Nationales, deutsches Bewußtsein im Sinne eines ausgewogenen nationalen Selbstbewußtseins ist mit Leben zu erfüllen. Dieses Selbstbewußtsein muß in sich selbst ruhen, darf weder die Vergangenheit verleugnen, noch sich selbst überschätzen; es muß sich zu den eigenen Errungenschaften, Grundwerten und Grundhaltungen bekennen. Geschichte ist mehr als ein erkannter und gekannter Verlauf von Ereignissen, sie kann geistige Heimat werden. Aussteigen aus der Geschichte wäre Verlust von Geborgenheit.
4. Die Gemeinsamkeit und die Zusammengehörigkeit der deutschen Kulturnation insgesamt ist zu bejahen. Wir bekennen uns zur Zusammengehörigkeit und zur gemeinsamen Verantwortung. Dies ist eine besondere Aufgabe im Grenzraum, aber auch eindeutig darüber hinaus. Unsere Kulturpolitik muß langfristig angelegt sein, nicht auf Monate oder Jahre beschränkt. Tagesereignisse mögen momentan schmerzlich sein. Aber sie erschüttern nicht unsere Grundlagen.
5. Es gilt, maßgeblich zur Gestaltung des Deutschlandbildes hier und insbesondere nach Norden beizutragen. Von uns wird ein aktiver Beitrag zu wechselseitigem Verständnis und Verstehen verlangt, der unverzichtbar ist für die Festigung eines Deutschlandbildes, das zwar nichts verschleiern soll, aber auch nichts verzerrt.
6. Auf beiden Seiten der Grenze sind Menschen gefragt, die beide Kulturkreise begreifen. Es gilt, einerseits die deutsche Sprache und Kultur zu pflegen und andererseits den Blick auf die dänische Sprache und Kultur zu richten; einerseits das Deutschlandbild beim dänischen Nachbarn zu vertreten und andererseits am Dänemarkbild in diesem Raum und in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt zu sein. Dies gilt gerade auch für junge Menschen.
7. Unser kultureller Auftrag ist es, das Selbstverständnis der Menschen im deutsch-dänischen Grenzraum bewußt zu stärken. Unseren deutschen Nord-schleswigern können wir Schleswig-Holsteiner in ihrer schweren Aufgabe am besten helfen, wenn wir vorbildhaft Vorleben, was sie täglich leisten müssen. Gerade diesseits der Grenze müssen wir Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit überwinden.

In den kommenden Wochen und Monaten werden wir Gespräche führen und gegebenenfalls Initiativen ergreifen, damit über die Lehrpläne schleswig-

holsteinische Geschichte stärker als bisher in unseren Schulen zum Tragen kommt. Das Ziel ist es, die Grundzüge unserer Landesgeschichte den Schülern zu vermitteln.

Unser kultureller Auftrag im Grenzraum ist keine Mission, sondern Ausdruck des Willens, menschlich zu leben.

Die Frage nach der politischen und staatlichen Grenzziehung zwischen unseren beiden Völkern ist abgeschlossen. Die Wahrnehmung unseres kulturellen Auftrages heute ist nicht gegen jemanden oder eine andere Kultur gerichtet, sondern für die Menschen gedacht. Wir stehen zu diesem Auftrag und nehmen ihn wahr, weil die Menschen ihn wollen und ihn brauchen. Er fordert Bekenntnis zur eigenen Geschichte und Kultur; er erfordert Toleranz für den anderen, auf beiden Seiten der Grenze und von beiden Minderheiten.

Die schleswig-holsteinischen Bürger stehen auch in Zukunft solidarisch auf Ihrer Seite.

Wieviel leichter könnte es doch sein

Überlegt man sich die aktuellen Themen des deutsch-dänischen Grenzlandes, muß man sich die Frage stellen: Worüber streiten wir uns eigentlich? Ist es die Frage der schleswig-holsteinischen Identität, die ja schließlich eine deutsche Angelegenheit ist, oder sind es die Gedanken anlässlich eines neugeborenen Schleswigertums? Keiner kann sich doch in vollem Ernst noch über die Grenze Kummer machen, wenigstens nicht über die deutsch-dänische, die wohl fester liegt als je. Nicht die innereuropäischen Grenzen bilden heute noch Streitobjekte; das dürfte wenigstens nicht sein. Viel größer scheint die Gefahr, die dem Westen von Osten droht, eine Gefahr, welche die Jünger der westlichen Friedensbewegung in ihrem Glauben an den Nutzen der mehr unfriedlichen als friedlichen Demonstrationen für den Frieden und gegen die Aufrüstung gern übersehen.

Angesichts dieser trüben Schatten streiten wir uns in unserem Grenzgebiet über Kleinigkeiten. Die Tatsache ist doch, daß Deutsche und Dänen heute Seite an Seite stehen, in der NATO und in der EG. Nur im nördlichen Grenzland, wo gerade die näheren Beziehungen eher ein Miteinander als ein Gegeneinander fördern sollten, erleben wir noch immer, wie wir altes Gedankengut herumschleppen, Gedanken, die an eine längst verschwundene Vergangenheit erinnern, aber die immer wieder, selbst bei den kleinsten Ursachen, wieder auflodern, und wo einige dann ihre eigenen nationalen Steckenpferde reiten ohne Gedanken daran, wieviel Verdruß sie hierdurch fördern.

Lieber sollte man versuchen, die Spannungen und Irritationen zu überprüfen und sie durch gegenseitige Gespräche aufzulösen. Leider scheint die Zeit aber noch nicht reif zu diesem in die Breite gehenden Grenzlandgespräch. Wir diskutieren und vergraben uns in allerhand Geschwätz, wo es mehr um die Fehler der Vergangenheit und die Fehler der anderen geht, als daß wir uns aufrichtig mit der Zukunft befassen und auch eigene Fahler erkennen. Wilhelm Busch sagte einmal: „... nur der ist wirklich weise, der auch in die Zukunft schaut“.

Auf beiden Seiten der Grenze leben nationale Minderheiten und werden es auch weiterhin tun. Vielleicht sollten wir einmal aufhören, darüber zu reden, wie schnell sich diese Minderheiten so weit verringern und zu einer unbedeutenden Größe zusammenschmelzen werden, daß sie praktisch von der Bildfläche verschwinden. In offiziellen Gesprächen wird oft von dem Reichtum der Vielfalt unseres Grenzlandes gesprochen, in der sich Mehrheit und Minderheit begegnen und bereichern. Anders läutet die Glocke, wenn es darauf ankommt, auch die Wünsche der Minderheit zu fördern. Sich hinter der verschiedenen Gesetzgebung

in Dänemark und Schleswig-Holstein zu verstecken, bleibt eine schlechte Entschuldigung. Eine völlige Diskriminierung findet zwar kaum statt; desto mehr empfindet man jedoch die Gleichgültigkeit, mit der Angelegenheiten der Minderheiten oftmals behandelt werden. Vielleicht liegt die Ursache darin, daß wir gegenseitig in der Geschichte des Grenzlandes aneinander vorbeisprechen. Beispiele auch aus der letzten Zeit gibt es hier genug.

Eigentlich sollten wir bald so weit gekommen sein, daß wir die geschichtlichen Vorgänge ganz nüchtern miteinander erörtern. Zu oft bekommt man aber den Eindruck, daß die dänische Vergangenheit des Landesteils Schleswig deutscherseits gerne in aller Stille vergessen wird. Fürchtet man hier vielleicht, daß eine verbreitete Kenntnis dieser Geschichte zu einer Ermutigung eiderdänischer Kräfte führen würde? Das kann man doch kaum in vollem Ernst meinen. Nach dem Gedächtnisjahr 1964 spürte man Versuche, zu einer geschichtlichen Übereinstimmung zu gelangen. Offenbar blieb es bei den Versuchen. War die Ursache dafür vielleicht das Gefühl, daß die Standpunkte zu weit auseinander liegen? Oft spürt man eine deutliche deutsche Verärgerung darüber, daß die Dänen so an ihrer Geschichte hängen. Vielleicht haben wir es auch etwas leichter. Schleswig als früheres dänisches Herzogtum mit seinen vielen historischen Erinnerungsstätten ist ein bedeutender Teil der gesamten dänischen Geschichte, auch mehr als Schonen, das 1658 verloren ging. In Schonen gibt es keine dänische Heimatbewegung und auch keine dänische Minderheit, die auf irgendeine Weise Dänemark beansprucht. Anders in Schleswig. Nordschleswig kam 1920 an Dänemark zurück. Südschleswig, das gut auf dem Wege war, auch ein verllorener Teil der dänischen Geschichte zu werden, behauptete sich durch die seit 1920 existierende dänische Minderheit als ein dänisches Interessengebiet mit den Verpflichtungen, die es Dänemark gibt und für die das dänische Volk sich verantwortlich fühlt, Verpflichtungen und eine Verantwortung, die nach 1945 nicht kleiner wurden.

Spricht man hier deutscherseits von einer dänischen Kulturoffensive, ist dies auch eine Fehlbeurteilung. Man muß hier die dänische Verantwortung seiner Minderheit gegenüber als eine Folge der geschichtlichen Verantwortung sehen. Und gerade hier streiten sich die Geister. Wenn Dänen von Schleswig und Holstein sprechen und den Bindestrich dabei manchmal übersehen, wird es deutscherseits gleich als eine Beleidigung schleswig-holsteinischer Gefühle angesehen. Für Dänen ist schließlich Schleswig und nicht Holstein ihr altes verlorengangenes Land. Das hat nichts mit der Grenze zu tun und bedeutet nicht, daß man das Bundesland Schleswig-Holstein nicht anerkennen will. Nordschleswig ist heute als Sønderjyllands Amt ein in das übrige Dänemark völlig integrierter Landesteil. Man erwartet deshalb auch, daß Dänen Südschleswig nur als einen Teil des Bundeslandes Schleswig-Holstein sehen. Leider läßt die Vergangenheit sich nicht

ohne weiteres ausradieren. Die Schatten einer jahrhundertelangen Geschichte streicht man nicht ohne weiteres weg. Auch soll man nicht vergessen, daß die dänische Minderheit in weiten Kreisen des dänischen Volkes als ein außerhalb der dänischen Grenze wohnender Teil desselben Volkes angesehen wird. Mit Recht kann man hier die Frage stellen: Wieviele Deutsche südlich der Eider oder der Elbe fühlen sich den deutschen Nordschleswigern auf dieselbe Weise verpflichtet? Der Unterschied mag vielleicht seine Wurzeln in der Verschiedenheit der Geschichte haben, aber es erklärt gleichzeitig, weshalb das dänische Volk sich stärker mit seiner Minderheit verbunden fühlt.

Zum Abschluß stellt sich die Frage: Wann werden Deutsche und Dänen beiderseits der Grenze sich mit den Minderheiten zusammensetzen, um alle diese immer noch brenzligen Fragen zu besprechen? Eigentlich sollte es nicht so schwer sein. Wir wissen beiderseits genau, wo es drückt. Aber Zeitungsartikel und große Ansprachen bei den Deutsch-dänischen Tagen haben bisher noch keine Frage gelöst; vielleicht, weil man aneinander vorbeispricht, ohne die brenzligen Probleme wirklich anzupacken, vielleicht auch, weil es ja nur Probleme der einen Seite sind. Würde man hier erkennen, daß es auch ein Problem der Mehrheit ist, die Wege der Minderheiten zu erleichtern, wäre es doch möglich weiterzukommen. Vieles würde sich wohl klären, sicher nicht alles. Aber wird man sich über die Prinzipien einig und erkennt man auch die Bedeutung der Geschichte, mit der man nun nicht jonglieren kann, würde vieles sicher leichter werden. Will man von einer fruchtbaren Partnerschaft sprechen, darf man nicht die Minderheiten mit ihren Problemen übersehen.

Vielleicht sollte man auch daran denken, daß gerade die Minderheiten, die deutsche wie die dänische, für ihre Eigenständigkeit kämpfen, um volklich leben und überleben zu können. Gerade die Minderheiten können hier für das ganze Volk ein Beispiel geben.

Vieles wäre leichter, wenn der Tag kommt, an dem wir uns gegenseitig mit Siegfried Lenz sagen können: „Eine Handbewegung, und wir werden uns setzen, werden einander reglos gegenüber sitzen, zufrieden mit uns, weil jeder das Gefühl haben wird, gewonnen zu haben.“ Erst dann können wir in vollem Ernst vom Grenzfrieden sprechen.

Regionalismus und nationale Minderheiten

Überlegungen zur Aktualität einer modernen Bewegung im deutsch-dänischen Grenzraum.

Im Rahmen der Januar-Tagung 1982 des „Bundes Deutscher Nordschleswiger“ in der Akademie Sankelmark hielt ich ein Referat mit dem Thema „Sind Minderheiten Störfaktoren? Zur Politik des Regionalismus und zum Problem der „Zweistromigkeit“. Die Einladung war aufgrund einer Differenz zwischen dem „Nordschleswiger“ und mir ergangen, die auf den Sommer 81 datiert. Aus ordnungspolitischen Gründen bekannte ich mich zu der Frage; der „Nordschleswiger“ opponierte aus regionalen und politischen Gründen (vgl. Der Nordschleswiger 27. 6., 8. 8. 1981 und 15. 1. 1982).

Die kurze, aber z. T. recht lebhaft Diskussionsanregung im Anschluß an den Vortrag ließ die Ausgangsfrage fast gänzlich unbeachtet, die übrigen Probleme schienen provokant genug. Für den folgenden Abdruck wurde das Referat deshalb erheblich gekürzt, die allgemeinen historischen Ausführungen zur Minoritätenfrage im Zusammenhang mit dem Nationalstaatsprinzip und der Streit um den Störfaktor wurden weggelassen; was ein breiteres Publikum interessieren könnte, dafür etwas ausführlicher dargestellt, Diskussionsanregungen wurden auf gegriffen. Dies schien umso mehr geboten, als sich die deutsche Minderheit nach dem letzten Wahlausgang offensichtlich in einer politischen Krise befindet, die bis in die Tiefen ihrer nationalen Identität reicht (oder soll man lieber von der regionalen Identität sprechen?) — hierzu bot die Tagung selber genügend Belege.

Ich bin für die erfolgte Kritik sehr dankbar, auch weiß ich die mir nach der Diskussion in kleinen Kreisen zuteil gewordene Zustimmung zu schätzen und einzuordnen. Dies umso mehr, als ich von dem unmittelbaren Tagesgeschehen eine (klärende) Distanz von tausend Kilometern zu überwinden habe. — Einige Titel der von mir benutzten Literatur sind am Ende aufgeführt.

*

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zählen — aus einleuchtenden Gründen — Minderheitenfragen nicht mehr zu den zentralen Themen der internationalen Politik. Waren sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgrund des leidigen Nationalstaatsprinzips ein nicht unbedeutendes außenpolitisches Movens gewesen, das sich innenpolitisch trefflich nutzen ließ, so waren die Minderheitenprobleme nun durch die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik und der ostmitteleuropäischen Vertreibungsstrategie in der Regel zu lokalen bzw. regionalen Themen geworden; eingebettet in die jetzt

allgemeiner anerkannten und rechtlich abgesicherten Menschen- und Freiheitsrechte sowie in zwischenstaatliche Verträge war Minoritätenpolitik zu einem nur marginalen Thema geworden.

Diese relative Ruhe dauerte bis zum Ende der sechziger Jahre: In Nordirland nahm der Bürgerkrieg zwischen protestantischen Loyalisten und katholischen Nationalisten neue Dimensionen an, hobbesische Zustände herrschen hier seither; im Baskenland hat selbst der Tod Francos den Separatistenterror nicht beenden können; in Kärnten wird sich politisch um die kulturellen Rechte der Slowenen hart gestritten; in Nordskandinavien fechten die Samen (Lappen) ihre territorialen Rechte auf allen juristischen Ebenen durch; zusammen mit den nordamerikanischen Eskimos, den südamerikanischen Indianern und den australischen Eingeborenen versuchen sie darüber hinaus im „Welteingeborenenrat“ ihre angestammten Rechte gegenüber der „weißen“ Vorherrschaft zu verteidigen und wiederzuerlangen; in Schottland, in Wales, in Flandern und Wallonien, in der Bretagne, in Katalanien und Okzitanien entstanden und entstehen ethnisch-regionale Bewegungen, die nach politischer Autonomie verlangen, nach wirtschaftlicher Gleichstellung und kultureller Selbstbestimmung. In der Regel hatten die Bewegungen ihren Kristallisations- und Ausgangspunkt im Protest — gegen den Bau von Atomkraftwerken, gegen Modernisierung, Industrialisierung und/oder Technisierung; nur zu gerne werden sie daher als linke Bewegungen, deren ideologischer Ursprung 1968 liegt, identifiziert, wie es dies z. B. das durchaus nachlesenswerte „Provinz“-*Kursbuch* 39 von 1975 nahelegen könnte oder der Regionalismusband von Lars Gustafsson. Der Regionalismus ist jedoch nicht nur ein linkes oder gar ein grün-buntes Thema.

Gerade auch die bürgerliche Sympathie, wie sie etwa von Gerhard Stoltenberg artikuliert wird (Nonnenbroich, S. 12), oder die gezielte Begeisterung der französischen Neuen Rechten für die regionalen Bewegungen machen die schematischen Zuordnungen nicht leicht. (Natürlich gibt es noch die üblichen Kompetenz- und Zuordnungsstreitigkeiten innerhalb der weltanschaulichen Gruppen; apropos einer Debatte um Gustafssons Regionalismusband (*Frankfurter Rundschau*, 23. 7. und 6. 8. 1977) sieht Jean Améry — gewiß kein Rechter — im Regionalismus eine neue Ersatzreligion der „heimatlosen Linken Westeuropas“.) Sicherlich wäre es zu hoch gegriffen, den regionalen Bewegungen ein Aufbrechen der verhärteten politischen Denkmuster zuzutrauen; immerhin aber fügen sie sich in die allgemeine Irritation des zeitgenössischen politischen Bewußtseins; ob dies von Dauer ist und Ertrag bringen wird oder nur eine Modeerscheinung ist, bleibt abzuwarten. Den allenthalben gegründeten regionalen Forschungseinrichtungen und sonstigen Institutionen kommt hier eine wichtige Aufgabe zu; denn eines kann man bereits mit Bestimmtheit sagen: Der Regionalismus hat in der Regel Kulturgüter freigesetzt, deren Existenz bislang im Verborgenen geblieben war; es

ist ein neues Lebens- und Weltgefühl offenbar geworden, das unter der Rationalität einer funktionalen Moderne verschüttet schien.

Nur eine Region, deren Minderheitenproblem zumindest ein historisches Faktum ist, ist überregional bislang noch nicht in Erscheinung getreten — die Region zwischen Königsau und Eider. Sicherlich, hier wird lokal einiges verzeichnet; aber was sind schon Nord- oder Südschleswig verglichen mit Okzitanien oder Kosovo? Ich will dies nicht bewerten; ich stelle nur fest. Und wer hieraus die Aufforderung an die Schleswiger liest, Bomben zu legen, um in die internationale Presse zu kommen, der verkennt die Überzeugungskraft von Argumenten und überschätzt die Argumentationskraft von Barrikaden.

Inwieweit die Dänen in Südschleswig, die Deutschen in Nordschleswig, die Friesen im westlichen Schleswig-Holstein — und vielleicht noch einige Volksstämme mehr, denen es an Selbstbewußtsein nicht gebricht — sich in die moderne Regionalismusbewegung einordnen lassen, mag an einigen Strukturmerkmalen des Regionalismus abgelesen werden können. (Ich stütze mich bei den folgenden Punkten 1 bis 4 weitgehend auf Blaschke.) Mir scheinen diese Kennzeichen inzwischen allgemein akzeptiert zu sein, wenngleich es zwischen den alten Minderheitentheoretikern und der modernen Regionalismusforschung noch erhebliche Differenzen gibt (geben muß).

1. Alle regionalen Bewegungen sind an den *Peripherien* der Industriestaaten entstanden bzw. liegen z. T. sogar an der Peripherie der Welt. Das wirtschaftliche und soziale Gefälle — wobei die Regionen immer unten stehen —, das sich hieraus ableitet, bildet die Grundlage für das regionale Bewußtsein sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung gegenüber den industriellen Zentren. Von den Beobachtern und nicht zuletzt von den regionalen Bewegungen selber wird in dem Zusammenhang vom „internen Kolonialismus“ gesprochen. Der Begriff hat seinen Ursprung in den Unabhängigkeitskämpfen der Dritten Welt, mit ihm soll der Kampfgeist der Dekolonisierungszeit für die regionale Agitation genutzt werden; er wurde von Michael Hechter auf den konkreten Fall des Verhältnisses Englands zu seinen (z. T. insularen) Randregionen in historischer Perspektive diskutiert und gilt seitdem bei den Regionalisten als abgesichert. Aufgrund der doppelten Ableitung — einmal die Dritte-Welt-Wurzel, dann die keltischen Randregionen Englands — bleibt der Begriff theoretisch unbefriedigend und in seinem allgemeinen Anspruch nicht verwertbar. Das sozio-ökonomische Gefälle zwischen Zentrum und Region bleibt hingegen eine Tatsache.

2. In der Regel ist den regionalen Bewegungen so etwas wie ein *Neo-Nationalismus* eigen, der nach den landläufigen Denkmustern eigentlich im Widerspruch steht zur Auseinandersetzung mit den Zentren, die ja eigentlich den Kern des Nationalismus darstellen. Hier ist jedoch deutlich zu unterscheiden zwischen dem Nationalismus der Volksgruppentheoretiker, deren krauser Jargon

nur zu häufig von dem faschistisch-nationalistischen Vokabular nicht zu unterscheiden ist und die in ihrer bedenkenlosen Traditionsverbundenheit als eindeutig rückschrittlich einzustufen sind; ihr Merkmal ist die ideologische Rückführung sozialer und politischer Konflikte auf „Volkscharaktere“ oder „Volkstümer“; der Rassegedanke steht zwar nicht im Vordergrund, aber er bildet die Folie dieser Form des Nationalismus.

Der Nationalismus der Regionalbewegungen ist zweifellos komplizierter, zumindest janusköpfig. Einerseits bezieht er ein populistisches Element aus dem Rekurs der Gemeinschaft; Sprache, Rasse, Volkstum sind die gemeinschaftsstiftenden Bausteine dieser Gemeinschaft, die nicht zum propagandistisch-ideologischen Rüstzeug gehören, sondern zumeist unartikuliert als gelebte Erfahrung gefühlt werden. Die zweite Seite des regionalen Nationalismus speist sich aus der Orientierung an den Metropolen, den Zentren; die fortschrittlichen Standards, die hier gesehen werden, sollen regional zur Reduzierung der Abhängigkeit genutzt werden, sozusagen ein Stück zentralen Nationalismus zur Emanzipation der Region verwandt werden.

Von kritischer linker Seite wird diesem regionalen Nationalismus vorgehalten, er sei nichts weiter als eine Abart des Kleinstaaten-Nationalismus, den es gerade zu überwinden gelte und der eher ein Hemmnis auf dem Weg der Emanzipation sei.

3. Auch beim dritten Kennzeichen, dem wohl wichtigsten, sind die begrifflich-ideologisch-politischen Schwierigkeiten erheblich, denn auch im Zusammenhang der regionalen Bewegungen spricht man von Volksgruppen, die als ethnische Einheiten durch Sprache, rassische Zugehörigkeit, kulturelle Traditionen, vielleicht gar noch Volkscharakter bestimmt sind. In der Tat gibt es natürlich eine Volksgruppen-Identität, die diese von jener unterscheidet; es muß jedoch deutlich gesagt werden, daß diese ethnische Identität oder Ethnizität nicht als biologische, natur- oder rassischgegebene Kategorie zu denken ist. Jeder, der sich den Generationenverlauf ansieht, weiß, daß auch die ethnische Identität dem Wandel unterworfen ist; die Jungen identifizieren sich anders als die Alten. Insbesondere aber sind die sprachlichen Symbole, die Identitätsträger, einem ständigen Wechsel unterworfen; so wie sich die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse verändern, so verändern sich auch die Inhalte und Formen der ethnischen Identität. Eine ganze Reihe von Faktoren spielt hier eine Rolle und muß bei der Analyse der ethnischen Identität Berücksichtigung finden, wenn man den Verdacht der Ideologisierung vermeiden will. Ethnizität steht im historischen Prozeß, in der Interaktion mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, ja mit der nationalen und politischen Mehrheit. Ethnische Identität, dies zeigt der Regionalismus deutlich, ist in einen dynamischen Prozeß eingebunden.

4. Ein weiteres Strukturmerkmal der regionalen Bewegungen, das eng mit dem Wohlstandsgefälle zusammenhängt, besteht in ihrer Anbindung an die Provinz. So

wie die regionalen Bewegungen in der Regel zur Peripherie von Wirtschaft und moderner Entwicklung gehören, so sind sie politisch und kulturell der Provinz zuzuordnen. Und es ist daher sicher auch kein Zufall, daß sich, seitdem der Regionalismus modern geworden ist, auch die „Heimat“ und die „Provinz“ steigender Beliebtheit erfreuen; Provinzialität ist daher heute nicht unbedingt mit den Hinterwäldern gleichzusetzen, sondern durchaus zu einem mit positiven Werten besetzten Begriff geworden; das läßt sich nicht nur an der neueren soziologischen Literatur belegen, das geht auch aus dem wachsenden Interesse für Ackerbau und Viehzucht durch alternative Stadtgeschädigte hervor oder aus der fortwährenden Hinwendung der Literaten zur geschichtlichen und aktuellen Provinz (Kempowski, Walser etc.). Daß Provinzialität viel eher eine geistige als eine räumliche Kategorie ist, bestätigt sich dabei erneut.

Die politischen und sozialen Phänomene der Provinz, die die individuellen Befindlichkeiten immer noch überlagern und bestimmen, blieben allerdings über Jahrzehnte und Jahrhunderte ziemlich unverändert. Zusammenleben und Zusammenhalt der Bevölkerung, wenn man so will die soziale Identität, war immer durch nachbarschaftliche und verwandtschaftliche Beziehungen geprägt; die Kommunikation erfuhr dadurch ihre besondere Eigenart und Begrenzung. Das „Man-kennt-sich“ bestimmte den Umgang und war Grundlage der sozialen Kontrolle — im guten wie im bösen Sinne. „Das-tut-man-nicht“ war nur zu häufig keine ethisch-moralische (oder gar religiöse) Norm, sondern einzige Überlebensweisheit im nachbarschaftlichen Alltag. Soziale Beziehungen sind so in jedem Falle personalisiert — und das gilt vor allem für die Politik. „Politische Herrschaft vollzieht sich über eine Elite von Honoratioren“, „Politik ist eine Sache persönlicher Beziehungen“ (Blaschke, S. 19). Dies bedeutet, negativ gewendet, eine Einschränkung demokratischer Politikregeln, eine Entmündigung und ein Niederhalten unliebsamer Regungen. Positiv sind dabei dann allerdings einige Hemmschwellen, z. B. im Umgang mit Institutionen wesentlich niedriger, eben weil Politik die privatpersönliche Sphäre nicht verläßt, und die bürokratische Herrschaft als solche nicht empfunden wird — oder nicht vorhanden ist.

Diese Kennzeichen provinzieller Politik sind durch Industrialisierung und Modernisierung in dieser idealtypischen Weise heute kaum noch anzutreffen, sie haben sich gewandelt, genauso wie es zwischen den Zentren und der Provinz, z. B. in Sachen Drogen, kaum noch einen Unterschied gibt. Die Metropolen haben die Provinzen erreicht.

Ganz wesentliche Vehikel bei der Anpassung der Provinz — im räumlichen wie geistigen Sinne — an die Prozesse der Modernität waren neben der Industrialisierung, unter anderem das Fernsehen und die verbesserte Kommunikation, durch die die herrschenden Lebens- und Verhaltensweisen der Metropolen in die Provinz kamen; auch der Einfluß des Tourismus auf die Region

ist nicht zu unterschätzen. Bedeutsam bei diesem Anpassungsprozeß war aber nicht zuletzt auch der Regionalismus selber, der ganz wesentlich zu einer neuen Befindlichkeit in der Region sorgte; dabei ist besonders auf die von der Utopie des provinziellen Glücks, von der Emanzipation der Region und der Überwindung der Modernitätsmisere beflügelten Intellektuellen aus der Stadt zu erweisen.

5. Im Prozeß der Modernisierung hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Veränderung ereignet, die in bezug auf das Interaktionsfeld der Bürger und für ihre Beziehungen zum Staat von Bedeutung ist; eine Veränderung, die in gleicher Weise für die Gruppen gilt, für die Beziehungen von Minderheit zu Mehrheit (und umgekehrt) und die in ihren psychologischen Wurzeln von immenser politischer Bedeutung ist: (regionale) Gruppen und Minoritäten haben es gelernt, ihre Forderungen in allgemein akzeptierter Weise direkt an den Staat zu stellen — anstatt ihre Aggressionen auf die jeweils andere ethnische oder regionale Gruppe oder die Nation als ganzes zu lenken (vgl. Allardt). Sie werden aus dem Grunde auch ernster genommen und haben es leichter, ihre Forderungen und Wünsche durchzusetzen. Die funktionale, zielgerichtete und rationale Form der Auseinandersetzung, die auch ein Kennzeichen der Moderne ist, gilt nicht gerade für die bekanntesten regionalen Bewegungen, trifft aber für deren Mehrzahl zu.

Mir scheint, daß der deutsch-dänische Grenzraum sich in die allgemeine Regionalismuscharakteristik einfügen läßt; sicherlich gibt es im einzelnen Abweichungen und an einigen Punkten Korrekturen anzubringen. (Auf einen, zu dieser gängigen Vereinnahmung der Minderheiten durch den Regionalismus quer stehenden Widerspruch verweise ich später.)

— Der Raum der Minderheiten liegt an der Peripherie des jeweiligen Landes; das wirtschaftliche und soziale Gefälle — sagen wir von Tondern zu Kopenhagen oder von Jarplund zu Frankfurt — ist erheblich. Als Bewohner dieser jeweiligen Randzonen hat man allen Grund, sich als Unterprivilegierter zu fühlen. Für den Bewohner des deutsch-schleswigschen Raumes gilt dies in noch stärkerem Maße als für den des dänisch-schleswigschen Raumes; sprechen doch auch die letzten Gutachten von einem weiteren wirtschaftlichen und sozialen Rückgang im Norden der Republik, von einer weiteren Abwanderung der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Potenzen. Diese Entwicklung wird durch eine Autobahn nicht aufgehalten werden können; diese Entwicklung wird sich auch nicht durch den Zustrom Hamburger Freizeit-Potenzen stoppen lassen. Der Begriff des „internen Kolonialismus“ macht mich nicht glücklich; ich sehe aber einige seiner Elemente in diesem Raum sich realisieren.

— Auch den Neo-Nationalismus kann man in dieser Region finden; gerade in jüngster Zeit wird er lauter propagiert und penetranter offeriert. Er speist sich aus dem kleinbürgerlichen Erbe der nationalstaatlichen Auseinandersetzungen — wobei nach meinem Eindruck 1864 eine größere Rolle spielt als 1940 — und

gehört so selbstverständlich zum (politischen) Alltag, wie er von Sonntagsrednern nicht wahrgenommen bzw. in Abrede gestellt wird.

— Ebenso braucht man über die ethnischen, nationalen Identitäten in den Grenzräumen nicht im Zweifel zu sein; hier gibt es aber Zuordnungsprobleme, denn die Identitäten sind sicherlich vorhanden, aber zu einem Gutteil auf die gegenüberliegende Nation gerichtet. Die historischen Wurzeln liegen auf der Hand, können aber im Rückgriff nicht ausschließlich als positive Werte aufgefaßt werden. Es muß aber besonders betont werden, daß die regionalen Identitäten sich wohl doch eher bei den jeweiligen Minderheiten ausmachen lassen können, als daß man von einer schleswigschen Identität sprechen kann, wie dies seit und mit *Slesvigland* getan wird. Wer einmal die Identitäten anderer Landstriche erlebt hat — z. B. die der Bayern —, der wird achselzuckend über den schleswigschen Identitätsanspruch hinweggehen und vermuten, daß hier eher eine Identitätsstörung vorliegt, insofern man den historischen Prozeß und seine Bewußtseinsablagerung übergeht, insofern man das Zauberstück vollbringt, in den Achtzigern des 20. Jahrhunderts zu leben und in den Vierzigern des 19. Jahrhunderts zu denken und zu fühlen — das blau-weiß-rote Tuch im Land hat eher mit wochenendlichem Freizeitvergnügen zu tun oder mit touristischem Werbeerfolg als mit einem wiedererwachten Schleswig-Holsteinismus (oder gar Schleswigismus).

— Diese Feststellung leitet über zum vierten Merkmal des Regionalismus, zur Provinzialität. In der Tat ist auch dieser Sachverhalt für den deutsch-dänischen Grenzraum festzustellen; auch hier beginnt man sich selbstbewußter auf die Werte und historischen Bedingungen der Region zu besinnen.

Ich frage mich allerdings, ob man den Rekurs auf die Provinz in der Weise positiv wenden kann und soll, wie dies für andere Regionen mittlerweile der Fall ist. Neben Bretonen, Waliser, Basken und Okzitanern gesetzt, mag das daran liegen, daß die regionalistische Zeit des deutsch-dänischen Grenzraumes eigentlich vorüber ist. Was in historischer Zeit an separatistischen, dezentralistischen und freiheitlichen Bestrebungen in dieser Region vor sich gegangen ist — und mittlerweile wohl auch als gelöst betrachtet werden kann — ist in anderen Regionen Europas und der Welt erst heute dabei, artikuliert zu werden.

Immerhin, die Provinzialität der regionalistischen Bestrebungen im hiesigen Grenzraum ist für mich ablesbar an der immer noch ungenügenden wissenschaftlichen Aufarbeitung; es gibt mittlerweile zwar eine ganze Reihe von hervorragenden Untersuchungen, es gibt sogar zwei Spezialinstitute, aber es bleibt noch sehr viel zu tun. Schwerwiegender werte ich, daß es bislang keinen autoritativen Geist gibt, der sich zu Problemen der Minderheiten, zu ihren Bewußtseinslagen, zu ihren geistigen und existentiellen Erfahrungen geäußert hat, äußern konnte. Sieht man einmal von Willy-August Linnemann ab, so gibt es,

soweit ich sehe, keinen deutsch-dänischen, keinen dänisch-deutschen, ja nicht einmal einen schleswigschen Dichter, der in unserer Zeit unsere Erfahrungen kompetent ausdrücken könnte oder ausgedrückt hat. Wer in dieser Region zum Dichter und Denker berufen war — das gilt für Vergangenheit und Gegenwart —, der ist in die Metropolen gegangen und hat sich allenfalls privat oder am Rande zu seinen Sozialisationserfahrungen in der grenzgeteilten Region geäußert. (Gerd Beier hat sich in den Grenzfriedensheften (2/1974) einmal sehr schön über die ausgewanderten „Kinder der Provinz“ geäußert, für die es keine Rückkehr aus den Metropolen gibt.)

Ein weiteres, für mich persönlich sehr aussagekräftiges Indiz der Provinzialität der Region ist die Auseinandersetzung um *Slesvigland*. Ich finde darin meine Meinung bestätigt, daß hier kein unterirdischer Vulkan am Kochen ist, der eines Tages explodieren könnte, daß allerdings die Vokabel vom „Grenzkampf“ wieder aktuell werden könnte. Es ist dies zwar ein ganz anderer Grenzkampf, als wir ihn bisher kannten; er belegt aber erneut, daß hier politische Suppen gekocht werden, deren Ingredienzien allemal aus den regionalen und nationalen Interessen bestehen. Die *Slesvigland*-Kämpfe haben grenzübergreifenden Charakter, man erregt oder erfreut sich daran beiderseits der Grenze. Das Aufsehen hat aber, soweit ich sehe, die Eider oder gar die Elbe bislang noch nicht überschritten. Der geistige Provinzialismus, der in der Sache steckt, kommt in der lokalen Begrenztheit des Konflikts und in der überregionalen Ignoranz desselben sehr gut zum Ausdruck. — Damit will ich auf keinen Fall irgendwelche pauschalen Abwertungen der einzelnen Schlachtordnungen oder der strategischen Treffer vornehmen; ganz im Gegenteil, ich habe sehr wertvolle und lehrreiche Beiträge in dieser Auseinandersetzung gelesen. Über den Kern der Sache hege ich allerdings keinen Zweifel.

— Das fünfte Merkmal, die rationale Artikulation von Interessen, die ein Kennzeichen moderner Gesellschaften ist, gilt dementsprechend auch für diesen Raum — im großen und ganzen; die Einschränkungen ergeben sich aus dem Vorhergesagten, auf sie wird noch zurückzukommen sein. Unterstützung findet die These jedenfalls in der sehr weit gediehenen Interessenbefriedigung, die natürlich vorwiegend in Geld gemessen wird, aber auch in der Institutionalisierung der regionalen Selbstbehauptung und des regionalen Eigengewichts in Forschungsinstitutionen und sonstigen Einrichtungen.

Nimmt man nur diese fünf Merkmale — es gibt noch einige mehr —, so wird man die regionalistische Elle durchaus zustimmend an die beiden Minderheiten im Grenzraum anlegen, und sie tun dies ja selber auch nur zu gerne.

Um als solche ernstgenommen zu werden, um die „Provinzialität“ abzuschütteln, gilt es, sich von Sentimentalitäten freizumachen, die Geschichte zu bedenken und die Eigenarten aus sich selber heraus zu artikulieren und nicht in

Abgrenzung zu anderen. Um Peter Iver Johannsen zu zitieren, so gilt es, Selbstbewußtsein zu entwickeln und „sich psychologisch frei zu fühlen“ (Blum, S. 27). Der tägliche Kampf ums Geld und um finanzielle Gleichberechtigung ist sicherlich wichtig; die wirtschaftliche Entwicklung der Region wird sich aber nicht allein über Förderprogramme und dergleichen verwirklichen können. Erst recht die kulturelle und geistige Entwicklung nicht. Hier muß von den Bewegungen selber der Anstoß und die Durchsetzungskraft kommen. Wer Überzeugendes zu bieten hat, wird auch überzeugen können. Nicht Selbstmitleid, sondern Selbstbewußtsein muß die Politik leiten.

Zu dieser konventionellen Sicht des Regionalismus, des Grenzraumes und der Minderheiten — dem Kokettieren der Minderheiten mit dem Regionalismus entspricht die selbstverständliche Vereinnahmung der deutschen bzw. der dänischen Minderheit durch die Regionalismustheoretiker und -praktiker, wie dies z. B. an den Handbüchern abzulesen ist — dieser Sicht sind einige kritische Anmerkungen hinzuzufügen, die ich an dieser Stelle nur andeuten kann.

Die an der Geographie und Ökonomie orientierte Regionalismusdebatte wird über die definitorische Zuordnung der jeweiligen *Minderheiten* im großen und ganzen hinwegsehen können. Nicht so die an der Politik oder der Ethnologie orientierte. Wie soll man eine Region erfassen, die keine ausgeprägte regionale Identität hat (s. o.), innerhalb derer aber eine Minderheit lebt, die diese *regionale* Identität durchaus pflegt — aber eben als *nationale* Minderheit? Der gewöhnliche Regionalismus orientiert sich auch ethnisch an der *Mehrheit* der Bevölkerung; dies ist im schleswigschen Raum anders. An diesem Punkt wird sehr gut deutlich, daß der Regionalismusdebatte bislang die theoretische Schärfe fehlt; denn was genau Regionalismus nun ist, darüber gibt es keinen allgemeinen Konsens, dies wird bislang nur entlang von Analogien (wie den obigen) entschieden. Dies ist notwendig und hilfreich, führt aber nur zu sehr vorläufigen Klärungen.

Eine größere Schwierigkeit sehe ich darüber hinaus in der regionalen Identität der Minderheiten selber. Ist das Problem des Regionalismus in diesem Raum geklärt, dann werden sich die Minderheiten nach den Inhalten und Substanzen ihrer Identitäten fragen lassen müssen; wenn sie nicht, wie dies ansatzweise bei der deutschen Minderheit geschieht, sich diese Fragen aufgrund von fehlenden Wählerstimmen und aufgrund von fehlendem Nachwuchs schon selber stellen. Genügt es, sich auf Vereinsaktivitäten zurückzuziehen? Genügt es, die Sprache und das Sprachbewußtsein zu pflegen? Genügt es, die Geschichte anzurufen? Oder bedeutet nicht ethnische oder regionale Identität wesentlich mehr? Der kulturelle Auftrag im Grenzland, so scheint mir, bedarf dringend einer substantiellen Anreicherung. Im anderen Falle sollten sich die Minderheiten nicht wundern, wenn die Mehrheiten sich ernsthaft über deren Existenzberechtigung Gedanken machen.

Einer der herausragenden Kulturmenschen des deutsch-dänischen Grenzraumes, Axel Henningsen, hat seine hier gemachten Lebenserfahrungen, die sich aus der preußischen Zeit der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bis in die aktive Teilhabe an der Aufbauarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg erstrecken, in dem viel zitierten Begriff der „Zweistromigkeit“ zusammengefaßt.

„Die Mischung der Blutströme vom Süden und vom Norden bewirkt, daß der schleswigsche Mensch die Erscheinungsformen beider Völker von innen her, aus dem Seelischen, nachfühlen und verstehen kann. Er erföhlt das Nachbarvolk in dessen Wesen wie sein eigenes. Wir bezeichnen diese Eigenart des Schleswigers als Zweistromigkeit und finden in dieser Erscheinung eine Erklärung für alle Vorgänge im Grenzraum, die mit dem kulturellen und dem politischen Leben Zusammenhängen. Der Schleswiger ist ansprechbar für Volkstumsarbeit von beiden Seiten, und wer in diesem Ansprechen die richtige Wellenlänge findet, die ihm zugewandte Seelenlage zum Mitschwingen bringt, erhält auch seine Zustimmung zu national-politischen Fragen.“ (S. 8)

Mit diesen Sätzen faßte Axel Henningsen seine Weisheit „Aus einem Leben in zwei Kulturen“ zusammen. Nun will und kann ich nicht bestreiten, daß er tatsächlich die Erfahrung der „Zweistromigkeit“ gemacht hat, daß er im Laufe seines langen Lebens Menschen gleichen Sinnes getroffen hat. Mein Widerspruch regt sich allerdings bei der Generalisierung. Denn die von Harmonie und Eintracht, von Verständigung, Toleranz und Kompromißbereitschaft getragene „Zweistromigkeit“ deckt sich nicht mit meiner eigenen Lebenserfahrung, der ich auch in diesem Grenzraum aufgewachsen bin, und durch dessen Familie 1920 die Grenze gezogen wurde. Die „Zweistromigkeit“ kommt mir auch nicht in den Sinn, wenn ich unter diesem Blickwinkel die Chronik der politischen Ereignisse seit dem Zweiten Weltkrieg betrachte, wenn ich mir *Slesvigland* und die Reaktionen anschau. Nicht einmal Axel Henningsens Lebenserinnerungen bieten Belege für eine Verallgemeinerung der „schleswigschen Eigenart“, die „richtige Wellenlänge“ zu finden. Sein Bericht handelt von Streit und Zank, von Beleidigungen und Provokationen, von Ignoranz und Besserwisserei — von ganz normalen Verhältnissen also, wie sie unter „guten“ Nachbarn üblich sind. Mag sein, dies ist der Eindruck nach Lektüre der Erinnerungen, daß die „Zweistromigkeit“ vor allem Axel Henningsen auszeichnete und vielleicht noch eine Handvoll anderer. Das Leben im Grenzland im allgemeinen war und ist jedoch eher durch Zwiespältiges gekennzeichnet — der Geist von Bonn und Kopenhagen weht noch nicht überall. Wäre die „Zweistromigkeit“ mehr als nur persönlich-individuelles Empfinden, würde die „Zweistromigkeit“ zur politischen Tugend des Grenzland-Alltages gehören, so dürfte es ein *Slesvigland* nicht geben, so hätten sich die Nordschleswiger mehr Nachdenklichkeit gegönnt vor der Auswahl ihres Folketing-Kandidaten, so wäre die Änderung des schleswig-hosteinischen Wahlgesetzes

nicht mit „staatspolitischen“ Argumenten erfolgt.

Politische Sonntagsredner attestieren dieser Grenze Glück, hier wäre alles im Reinen. In historischer Perspektive ist das sicherlich auch richtig. Es bleibt aber noch viel zu tun. Ein bißchen mehr „Zweiströmigkeit“ würde der Region gut anstehen — dies ist besonders in bezug auf die Frage der Identität zu betonen — , ein bißchen mehr Selbstbewußtsein und ein bißchen mehr Rücksicht täten not — vielleicht täten sich die jeweiligen Mehrheiten dann auch leichter mit ein bißchen mehr Toleranz.

Allardt, Erik: Prerequisites and Consequences of Ethnie Mobilization in Modern Society. In: Scandinavien Political Studies 1/1980, S. 1-20.

Blaschke, Jochen (Hrsg.): Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen. Frankfurt/M. 1980.

Blum, Jacques (Hrsg.): Minoritetsproblemer i Danmark. En samling artikler om etniske minoriteter i Danmark. Kopenhagen 1975.

Dressier, Fritz, Bernd Henningsen: Dänemark. München, Luzern 1981.

Elklit, Jørgen u. a.: Nationalt tilhørsforhold i Nordslesvig. Resultater fra en interviewundersøgelse. Aarhus 1978.

Gregersen, H. V.: Slesvig og Holsten før 1830. Kopenhagen 1981.

Grulich, Rudolf, Peter Pulte (Hrsg.): Nationale Minderheiten in Europa. Eine Darstellung der Problematik mit Dokumenten und Materialien. Opladen 1975.

Gustafsson, Lars (Hrsg.): Thema: Regionalismus. Berlin 1976.

Hechter, Michael: Internal Colonialism. The Celtic Fringe in British National Development 1536-1966. London 1975.

Henningsen, Axel: Aus einem Leben in zwei Kulturen. Flensburg 1958.

Kursbuch 39: Provinz. Berlin 1975.

Lagler, Wilfried: The Danish Minority in West Germany and the German Minority in Denmark. In: Ashworth, Georgina (Hrsg.): World Minorities in the Eighties. Sunbury 1980, S. 32-37.

—: Die Minderheitenpolitik der schleswig-holsteinischen Landesregierung während des Kabinetts v. Hassel (1953-63). Ein Beitrag zur Integration nationaler Minoritäten Neumünster 1982 (im Erscheinen).

Nonnenbroich, Karl-Friedrich (Hrsg.): 1955-1980. 25 Jahre Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen. Kiel 1980 (= Schriften der Hermann-Ehlers-Akademie 11).

Sievers, Kai Detlev (Hrsg.): Beiträge zur Frage der ethnischen Identifikation des Bundes Deutscher Nordschleswiger. Sankelmark 1975 (= Schriftenreihe der Akademie Sankelmark, Sonderheft).

Svalastoga, Kaare, Preben Wolf: En by ved grænsen. Kopenhagen 1963.

Zeh, Jürgen: Die deutsche Sprachgemeinschaft in Nordschleswig. Stuttgart 1981.

Zeitungen — Sprachrohr der Minderheiten?*

Wenn wir von diesem Grenzraum sprechen, dann ist das dänische Nordschleswig und das deutsche Südschleswig gemeint. Beide Teile bildeten bis 1864 das Herzogtum Schleswig, das mehr oder weniger eng der dänischen Krone gehörte. Das dänische Nordschleswig umfaßt den Kreis Sønderjylland mit 3928,98 Quadratkilometern und 250 704 Einwohnern. Die Bevölkerungsdichte beträgt 64 Personen je Quadratkilometer. Das deutsche Südschleswig erstreckt sich über 5177,80 Quadratkilometer mit 591 399 Einwohnern. Hier beträgt die Bevölkerungsdichte 114. Also ein starkes Süd-Nord-Gefälle.

„DER NORDSCHLESWIGER“

In Nordschleswig erscheint die Zeitung der deutschen Volksgruppe „Der Nordschleswiger“ in etwa 4 000 Exemplaren. Sie arbeitet mit dem Flensburger Zeitungsverlag zusammen. Sie bekommt den Hauptteil aus der Zentrale in Flensburg und redigiert dann den regionalen und lokalen Teil in der eigenen Setzerei in Apenrade. Meines Erachtens hat „Der Nordschleswiger“ eine weitaus größere Selbständigkeit als die anderen Ableger des Flensburger Monopols. 1980 erhielt die Zeitung 5,83 Millionen Kronen (knapp 2 Millionen DM) Zuschuß aus Deutschland, wobei sich die Eigeneinnahmen auf 2,66 Millionen Kronen (850 000 DM) beliefen. Die deutschen Nordschleswiger bezeichnen ihre Zeitung als das Kernstück ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Im „Grenzland 81“, herausgegeben vom Bund deutscher Nordschleswiger (BdN), ist zu lesen:

1. „Der Nordschleswiger“ ist der wichtigste Informationsträger der Volksgruppe. Die Zeitung sichert den täglichen Kontakt zum größten Teil der Mitglieder und fördert den Dialog innerhalb der Volksgruppe.
2. „Der Nordschleswiger“ ist Sprachrohr der Volksgruppe und in vielen Fragen des gesamten Grenzlandes. Die Zeitung trägt aktiv zur Meinungsbildung und zur kulturpolitischen Vielfalt im Grenzland bei.
3. „Der Nordschleswiger“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der deutsch-dänischen Beziehungen und dem grenzüberschreitenden Dialog. Insbesondere hat sich die Zeitung in den vergangenen Jahren im Rahmen ihrer Möglichkeiten um ein korrektes Deutschlandbild in Dänemark bemüht.
4. „Der Nordschleswiger“ bemüht sich darüber hinaus um publizistische Mitwirkung im Sinne der europäischen Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der deutsch-skandinavischen Beziehungen.

Nach Aussage des Chefredakteurs Siegfried Matlok betrachtet sich die Zeitung als

* SSV-Vorsitzender Ernst Vollertsen, Lürschau, sprach auf einer FUEV-Hauptvorstandssitzung in Leck zu Medienfragen an der deutsch-dänischen Grenze.

Sprachrohr der Volksgruppe, jedoch nicht als „Prawda“, denn, so Matlok, „Parteiblätter, die nur die reine Heilslehre verkünden, sind heute nicht gefragt. Auch betrachtet sich „Der Nordschleswiger nicht mehr nur als reine Minderheitenzeitung, sondern immer mehr auch als deutsche Tageszeitung in Dänemark.“ Man muß dem „Nordschleswiger“ bescheinigen, daß er ein aktuelles Blatt mit klaren Standpunkten ist. Auf kommunaler Ebene in den Kommunen und im Kreis greift man von allen Zeitungen zuerst zum „Nordschleswiger“, weil er gerade auf dem kommunalen Gebiet gut orientiert ist, „man kann in der Redaktion das Gras wachsen hören“. Im Gegensatz zur Zeitung der dänischen Volksgruppe „Flensborg Avis“ werden im „Nordschleswiger“ Kräfte dadurch freigemacht, daß man sich nicht mit der überregionalen Politik zu beschäftigen hat, das macht der Verlag in Flensburg. Dadurch kann man sich stärker den unteren Ebenen widmen.

„Der Nordschleswiger“ wird natürlich auch in Deutschland gelesen. Eine Zahl dafür ist mir nicht bekannt. Ich würde auf 300 bis 500 Exemplare tippen. Der BdN hat 4 416 Mitglieder. Ziehen wir von der Auflage von 4 000 etwa 400 ab, verbleiben 3 600. Das würde einen „Dekktungsgrad“, eine Identität zwischen Mitgliedern und Abonnenten von rund 80 Prozent ergeben.

In dieser Region leben neben den Deutschen und Dänen auch die Friesen, die in den Medien zur Zeit fast gar nicht berücksichtigt werden. In den Zeitungen gibt es kaum Beiträge in friesischer Sprache. Der wissenschaftliche Mitarbeiter der friesischen Wörterbuchstelle, Dr. Ommo Wilts, meint: „Leider wird der friesische Text als Lückenbüßer angesehen!“ Damit kritisiert er die mangelnde Bereitschaft der Redakteure, hereingegebene Sprachbeiträge laufend zu veröffentlichen. Wilts ermuntert die Vereine, in dieser Richtung mehr zu tun und dabei auch die örtlichen Redaktionen in die Bemühungen einzubeziehen.

Das Fazit einer Zusammenkunft nordfriesischer Vereine, Verbände und Institutionen in Niebüll Anfang November, die auf Initiative der Nordfriesischen Wörterbuchstelle der Christian-Albrechts- Universität in Kiel stattfand, ist: Die Wörterbuchstelle will namens der friesischen Vereine eine Entschließung abfassen, die dem NDR zugeleitet werden soll.

Diese Entschließung, die mir nicht bekannt ist, wird wohl eine Aufforderung an den NDR sein, auch die friesische Sprache in dem Länderprogramm zu berücksichtigen. Schon mehrmals habe ich friesische Beiträge und auch friesischen Sprachunterricht gewünscht, und ich werde mich auch weiter dafür einsetzen. Aber meines Erachtens müßte mehr von seiten der Vereine geschehen, wenn man bestehende Widerstände in den Redaktionen abbauen will. Die friesische Sprachpflege muß auf vielfältige Weise Belebung erfahren, aber dies kann nicht ohne Eigeninitiativen der zuständigen Vereine und Institutionen geschehen.

„FLENSBORG AVIS“

Die dänische Volksgruppe in Deutschland gibt seit 1869 „Flensborg Avis“ heraus. Die Auflagenhöhe beträgt etwa 7 000 Exemplare. Davon gehen 3 000 nach Dänemark und werden dort hauptsächlich von grenzlandinteressierten Dänen gelesen. Die Aufgaben und die Zielsetzung des „Nordschleswigers“ könnten auch von „Flensborg Avis“ mit wenigen Änderungen übernommen werden. Die Zuschüsse in Höhe von knapp 3 000 000 DM kommen aus Kopenhagen. Die Anzeigeneinnahmen betragen 1,02 Millionen DM. Im Verhältnis zum „Nordschleswiger“ ein schlechteres Resultat. Dies ist darauf zurückzuführen, daß „Der Nordschleswiger“ weit mehr amtliche Bekanntmachungen der Kommunen und Kreise aufweist als „Flensborg Avis“.

Der Chefredakteur Karl Otto Meyer, der auch Landtagsabgeordneter des SSW (Südschleswigscher Wählerverband) in Kiel ist, bezeichnet es als einen Skandal, daß „nur“ 4 000 = 20 Prozent der eingeschriebenen Mitglieder die Zeitung abonnieren. Auch hier wird die Zeitung als Sprachrohr der Volksgruppe bezeichnet; dies beinhaltet aber — genau wie nördlich der Grenze — nicht, daß es eine „Prawda“ ist. Die „Avis“ ist laut Karl Otto Meyer „unkalkulierbar“, was die Leitartikel angeht. Nördlich und südlich der Grenze kann dies zu Verwirrungen führen, indem der Standpunkt der Zeitung als der Standpunkt der Volksgruppe angesehen wird.

Es ist natürlich den dänischen Organisationen überlassen, die Probleme stärker in der Zeitung zu diskutieren und ihren Standpunkt hervorzuheben. Dies geschieht auch in der letzten Zeit in stärkerem Maße, aber nach außen entsteht doch der Eindruck — wie auch beim „Nordschleswiger“ — daß die Zeitungen den Standpunkt der Volksgruppen vertreten. Aus einem journalistischen Verständnis heraus ist es richtig, daß die Volksgruppenzeitungen frei und unabhängig sein wollen und keine „Prawda“. Auch ist die Pressefreiheit natürlich eine Voraussetzung, aber man muß sich doch fragen, ob diese Pressefreiheit mit allen Mitteln im Interesse der Volksgruppen vertreten werden soll. Der Chefredakteur Karl Otto Meyer hat auf einigen Gebieten, z. B. der EG, zur europäischen Zusammenarbeit, zum Berufsverbot u. ä. sehr markante Standpunkte, die auf Widerrede stoßen können.

„Flensburg Avis“ erscheint seit Einstellung der deutschsprachigen „Südschleswigschen Heimat-Zeitung“ Mitte der 60er Jahre zweisprachig. Die deutschsprachige Beilage ist notwendig, da ein nicht unerheblicher Teil der dänischen Volksgruppe der dänischen Sprache nicht mächtig ist. Das Problem der Zeitung besteht darin, die lokalen Geschehnisse in allen Teilen des Landes zu bringen. Man hat dazu fast 100 Vertrauenspersonen, die der Zeitung das Neueste übermitteln sollen.

Für beide Volksgruppenzeitungen besteht die Hauptschwierigkeit darin, den Lokalteil voll abzudecken. Es ist mein Eindruck, daß dies dem „Nordschleswiger“ besser gelingt als „Flensburg Avis“. Mehr Abonnenten — größere Anzeigeneinnahmen, wenn keine Anzeigen — keine Abonnenten — ist der ewige Teufelskreis für beide Zeitungen. Es erscheinen auf beiden Seiten der Grenze viele Annoncenblätter — kostenlos —, die den Zeitungen insgesamt viele Einnahmen vorenthalten.

Aus: „Der Nordschleswiger“ vom 30.12.1981

Dänemark zwischen zwei Wahlen*

Drei Monate nach der letzten Folketingswahl — Wann kommt die nächste?

Zum Spaß ist die Lage in Merry Old Denmark nach den Wahlen wahrlich nicht, sie ist ernst, aber hoffnungslos. Doch das ist eine Wahrheit, die nur die eine Seite der Medaille offenbart.

„Seht, ich zeige Euch ein reiches Land!“ könnte Staatsminister Jørgensen, sein Territorium vorweisend, ausrufen: Bilderbuch-Höfe mit prallvollen Scheuern, saubere, idyllische Städtchen, Haus bei Haus mit geschmackvoller Einrichtung, der Volvo, der Opel oder der Toyota im Carport, oder auch zwei; Vater und Mutter verdienen gutes Geld in modernen Fabriken oder design-preis-verdächtigen Büros, die beiden Kinder besuchen, von einer Heerschar an Pädagogen, Psychologen und Philologen umsorgt, großzügige Kindergärten und Schulen, um die die Welt Dänemark beneidet; das soziale Sicherheitsnetz fängt jeden Hilfsbedürftigen und Gestrauchelten auf, die höchsten Errungenschaften der Medizin werden kostenlos in Fünf-Sterne-Krankenhäusern verabreicht, der Überfluß ist zum täglich Brot geworden. Der Freiheit sind keine Schranken gesetzt, die Obrigkeit dient dem Volk und nicht umgekehrt, jeder Politiker, der sich aufs hohe Roß setzt, wird von der Lächerlichkeit heruntergeholt, und dem großen Philosophen, Dichter und Volkserzieher N. F. S. Grundtvig, dem dies alles nicht zuletzt zu verdanken ist, wird im nächsten Jahr eine prächtige 200-Jahr-Feier zelebriert. Ein Land, wo es sich leben läßt, das den Gipfel der im wahrsten Sinne des Wortes *menschlichen* Zivilisation erreicht hat.

In einer vom Mammon regierten Zeit läßt sich solcher Erfolg am beweiskräftigsten inbarer Münze nachzählen, und siehe da, die OECD, das Orakel von Paris, reiht die Untertanen Ihrer Majestät weiterhin als die sechstreichsten auf dem Erdball ein, noch vor Kanada und der Bundesrepublik.

Befremdlicherweise führen nicht mehr die USA, sondern Kuwait und die Golf-Emirate diese Hitliste an. Das Vorpreschen der Muselmänner signalisiert, weshalb es Dänemark zunehmend schwerer fällt, den Standard des Paradieses im Diesseits aufrechtzuerhalten. Die Preistreiberei der Rohenergieerzeuger und die Machenschaften der Sieben Multi-Schwester haben das jeden Bodenschätzen bare Land an den Rand des Ruins und des wirtschaftlichen Abgrunds geführt, aber wenn auch das Öl überteuer strömt, Milch und Honig fließen immer noch reichlich. Das Kunststück, aus Steinen Brot zu zaubern, oder in moderner Vorstellungswelt,

* Vortrag, gehalten vor dem Deutsch-Dänischen Verein in Hamburg.

aus viel gepumptem Geld noch mehr zu machen, mit dem Pfund des heimischen Rohstoffs der Intelligenz, dem Know-how zu wuchern, verstehen die dänischen Manager noch allemal, und die Pfandleiher in Düsseldorf und Frankfurt, in Amsterdam und Tokio, die Gnomen von Zürich geben das respektvoll zu. Mühsamer wird es schon, denn zum Preisschub von außen kommt der kostspielige Wohlstand im Innern.

Schmalhans auf hohem Niveau

Ähnlichkeit mit der Realität kann auch ein anderes Bild beanspruchen: Landwirte werden mit Zwangsversteigerungen vom Hof gejagt, zwischen Ligusterhecken und in Beton-Ghettos kehren Verwahrlosung und Gewalt ein, in Zins-Verzug geratene Hausväter stehlen sich bei Nacht und Nebel aus den überschuldeten Vier Wänden, Automobilhändler gehen am Bettelstab, jeder zehnte gewerbliche Arbeitnehmer kassiert nicht im Lohnbüro, sondern aus der Unterstützungskasse; Lehrer trauen sich aus Angst vor Schülerübergriffen nicht mehr in die Schule, die Rauschgift- und Selbstmordopfer-Rate schnell in die Höhe, das soziale Sicherheitsnetz bekommt gröbere Maschen und Risse, in überfüllten Krankenhäusern darben Patienten auf den Fluren, während die Schwestern mal wieder bei Protestversammlungen weilen. Der Überfluß wird in „Schmalhans auf hohem Niveau“ umgetauft. Die Polizei knüppelt mit chemischer Keule, die Briefkästen der Zeitungen quellen über von Beschwerden über Behörden-Willkür; der als „faschistoid“ verschrieene, sich als „Fortschrittler“ gerierende Glistrup, der von Neid und Mißgunst profitiert, ist trotz Verurteilung wegen Steuerhinterziehung, oder vielleicht gerade deswegen, bei den Wahlen am politischen Leben geblieben. Das berühmte dänische Lächeln kommt nur noch gequält, die „hygge“, die Gemütlichkeit, findet keine Bleibe mehr, der Wohlfahrtsstaat hat seine Zukunft hinter sich, der Abschied von Glück und Zufriedenheit ist erbarmungslos. Anker, — und kein Weg am Chaos vorbei.

Beide Bilder sind falsch und wahr zugleich, und entsprechende Doppel-Porträts ließen sich von allen Nachbarstaaten der westlichen Industriegesellschaft zeichnen. Sie berechtigen zu diminutivem Optimismus: „Gemeinsam werden wir es schon packen“, oder mildern nicht im geringsten die trüben Aussichten.

Vor diesem schillernden, ambivalenten Hintergrundgemälde wurden die Dänen am 8. Dezember vergangenen Jahres, zwei Jahre nach der letzten Heerschau, an die Wahlurnen gerufen. Daß aus der Asche der Stimmzettel ein strahlender Phönix, die Lösung aller Probleme im Schnabel, emporsteigen würde, darauf vertrauten nicht einmal die Naivsten oder die Kühnsten. Nach der Wahl, am Silvesterabend, als Anker Jørgensen sein neues Kabinett vorgestellt hatte, konnten die Dänen mit Miß Sophy anstoßen: „Same procedure as last year!“

Wozu dann das ganze? Es ist an der Zeit, wieder einmal die Gallup-Ergebnisse

an der Wirklichkeit zu messen, hatte Sozialdemokraten-Boß Jørgensen entschieden, um die Widersacher in der eigenen Partei, die Opposition und die Gewerkschaften das Fürchten zu lehren. Dem Staatsminister steht ja nach dem dänischen Grundgesetz ein weit unkomplizierterer Weg, das Parlament nach Hause zu schicken, zu Gebote als einem deutschen Bundeskanzler.

Als „casus belli“ für die Wahlschlacht hatte der Sozialdemokrat sich ein Gesetzesvorhaben ausgesucht, das die Pensions- und Lebensversicherungen zwingen sollte, ihre angehäuften Überschußmilliarden als zinsbegünstigte Kredite zur Konjunkturankurbelung in Landwirtschaft und Industrie zu pumpen. Das Blaue vom Himmel an Arbeitsplätzen versprach Anker Jørgensen der Nation davon. Doch die kleinen Parteien, die seiner Minderheitsregierung bislang Merheiten verschafft hatten, versagten sich dem Vorhaben, darunter die Radikalen, die nicht über ihren verschwommenen, liberalistischen Schatten springen mochten. Das Parlament schmetterte Jørgensen ab: Wahlen ante portas, — mit einem erfrischend kurzen Wahlkampf von drei Wochen.

Die Startvoraussetzungen waren schwer deutbar, abgesehen davon, daß niemand eine wesentliche Kräfteverschiebung erwartete. Die beiden bürgerlichen Halbbrüder, Henning Christophersen von der (rechts)liberalen Venstre und Poul Schlüter von der Konservativen Volkspartei waren beide guter Dinge, sollte nun doch endlich der Coup einer bürgerlichen Regierung gelingen, wenn es nur nicht mit dem jeweils anderen auf dem Staatsministerstuhl geschehen würde. Die Auguren prophezeiten besonders den Konservativen satte Zuwächse. Da müßte es unter dem Strich, gemeinsam mit ein paar bürgerlichen Leichtgewichtlern, schon reichen.

Der Vorsitzende der Sozialdemokraten, Anker Jørgensen, indes schien seine Partei, nach dem Umfragen zu urteilen, in ein Desaster und in die Opposition zu steuern. Nach rechts und nach links zu den Volkssozialisten Gert Petersens drohten happige Abbrüche.

Mogens Glistrup von der Fortschrittspartei war gerade wegen Steuerhinterziehung zu vier Jahren Haft — noch nicht rechtskräftig — verurteilt. Er befürchtete zwar Einbußen, baute aber auf seine treue Gefolgschaft. Seine Rolle als Joker oder Spielverderber für das bürgerliche Lager würde er weiter auskosten oder erdulden können. Ohne ihn konnten sie nicht an die Macht, mit ihm genierten sie sich, — wie lange noch?

Blöcke ohne Brücken

Und dann kam alles anders, oder auch nicht. Betrachtet man die beiden Blöcke links und rechts, dann hat sich nur eine kaum merkliche Verschiebung ergeben, aber innerhalb beider tat sich einiges, das das Puzzle-Spiel schier unentwirrbar, unregierbar zu machen schien.

Links schrumpften die Sozialdemokraten um 9 auf 59 Mandate. Die Volkssozialisten triumphierten als der eine große Wahlsieger mit einem Zuwachs um 10 auf 21; die Linkssozialisten behielten, wie man dänisch zu sagen pflegt, die Pelle auf der Nase, mit einem Minus von einem Sitz auf 5. Die Kommunisten liefen mit dem sowjetischen U-Boot auf die schwedischen Schären und blieben weiter draußen vor.

Rechts mußten sich die Konservativen Schlüters ernüchert mit einem Plus um vier auf 26 Mandate begnügen, Christophersens Venstre wurde mit einem Rückgang um zwei auf 20 Mandate ein Strich durch die Rechnung gemacht. Der Christlichen Volkspartei wurden aus unerforschlichem Ratschluß nur 4 statt bisher 5 Sitze beschert. Die Bodenrechtspartei, Wechselbäder gewöhnt, mußte ihren 5 Sitzen Lebewohl sagen.

Aber nun zum Sensationssieger, den Zentrumsdemokraten. Ihr Equilibrist Erhard Jakobsen hatte die Fernseh-Schlacht der Parteimatadoren mit seiner entwaffnenden Logik gewonnen: „Keine Partei hat ein Patentrezept zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung, was wir brauchen ist die vernünftige Kooperation aller zur Abwehr schlimmeren Übels.“ Er zog mit 15 statt bisher 6 Streitern ins Folketing ein.

Vor der Wahl konnte Anker Jørgensen auf seinen ehemaligen Parteifreund Jakobsen zählen. Noch in der Wahlnacht hatte dieser aber, wie gewohnt sich selbst ad absurdum führend, die Patentlösung parat: „Jetzt machen alle Bürgerlichen die Regierung, einschließlich der Fortschrittspartei!“ Da mochte Poul Schlüter, dem Anker Jørgensen die ausgestreckte Hand mit Hohn zurückgestoßen hatte, nicht länger hintanstehen: „Selbstverständlich verhandeln wir auch mit Glistrup!“ Der Steuersünder mit 16 Mandaten, der dem Urteil des Obersten Gerichtshofes entgegensieht, vernahm's und war's zufrieden.

Block stand gegen Block, die Zeit des Brückenbauens sollte nicht anbrechen. Die Bürgerlichen Frondeure hatten ihre Rechnung aber ohne das Zünglein an der Waage austariert: Die Radikalen Niels Helveg Petersens, mit einem Verlust von einem Mandat auf 9 davongekommen, wußten abermals nicht so recht, auf welchem liberalen Bein sie stehen sollten. Mit dem rechten mochten sie sich nicht auf Glistrup stützen, mit dem linken nicht auf Gert Petersen, den Volkssozialisten. In der ersten Parteiensprecher-Runde bei der Königin wiesen sie auf Anker Jørgensen, der zwar die Konsequenzen gezogen hatte und zurückgetreten war, nichtsdestotrotz auf die Manövrierunfähigkeit des bürgerlichen Lagers baute. Daß die Bürgerlichen, mit Zaunpfählen zur Mitte winkend, statt des Gewinners Schlüter den Verlierer Christophersens als Staatsminister-Kandidaten produzierten, machte die Radikalen nicht geneigter, ins gemachte Bett zu steigen, denn dort sollte sich ja auch Glistrup tummeln.

So lud Anker Jørgensen Helveg Petersen und Gert Petersen ein und präsentierte

sein Wirtschaftssanierungs- und Beschäftigungsprogramm; was er aber auch hineinpackte, entweder war's den Radikalen zu proletarisch oder den Volkssozialisten zu kapitalistisch. Eine Mehrheits-Regierung aus den Dreien war nicht drinnen.

Die Radikalen wußten aber, Anker Jørgensen würde — nicht eine Mehrheit, immerhin aber die „größere Minderheit“ für sich haben. Damit beruhigten sie ihr Gewissen. Auf dieser kleinstmöglichen Basis, kleiner denn je zuvor, erklärte Anker Jørgensen der Königin, er sei bereit, den undankbarsten Job, den das Königreich zu vergeben hat, erneut zu übernehmen und eine Minderheitsregierung zu bilden. Eine Minderheit in seiner Fraktion und mächtige Gewerkschaftsbesse, mit denen die Sozialdemokraten enger auf Gedeih und Verderb verbunden sind als bei uns, hatten gemeint, die Partei solle sich in der Opposition regenerieren, doch Anker war nicht willens, das Handtuch zu werfen, sei es, weil er wußte, es wäre für ihn ein Abschied auf Nimmerwiederkehr, sei es um Schlimmeres, Bürgerliches, zu verhindern.

Die Bürgerlichen gingen zähneknirschend zur Tagesordnung und zur gewohnten Übung über, einander madig zu machen.

Kontinuierlicher Wechsel

War dies nun das letzte sozialdemokratische Aufgebot, auf wessen Gnade regiert Jørgensen, oder wen will er gegen wen ausspielen, kommt nach der nächsten Wahl der Wechsel zur bürgerlichen Regierung wie bei den schwedischen und den norwegischen Nachbarn, und wann kommt diese Wahl? Wie soll das demokratische Lotterleben, das über seine Verhältnisse Wirtschaften, weitergehen, wie Leitartikler bei uns die Situation im „Something-rotten-state of Denmark“ sorgenvoll-genüßlich zu kommentieren pflegen, in der Erwartung des Offenbarungseides des Sozialstaates.

Nun, betrachtet man die Geschichte des Nachbarlandes seit der de-facto-Einführung des Parlamentarismus im Jahre 1901, befindet Anker Jørgensen sich durchaus im Pakt mit der Tradition. Kaum eine Regierung hat eine vierjährige Wahlperiode durchgestanden, nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt keine, und seit 1971 wird Dänemark von Minderheits-Regierungen geführt. Keine Partei hat in diesem Jahrhundert die absolute Mehrheit besessen.

Da ist der Schluß naheliegend: „Denen ist nicht zu helfen!“, ebenso folgerichtig, ja sogar zwingender jener: „Die Stabilität des Landes ist völlig unabhängig vom Zustand der Regierung und umgekehrt.“ Denn daß es in diesem Dreivierteljahrhundert in der Tat Perioden der Prosperität und Harmonie in Dänemark gegeben hat, will wohl niemand bestreiten, — die Regierungen waren deshalb nicht haltbarer. Ganz gleich wie gesund oder kränkelnd die Handelsbilanz, wie konflikträftig oder friedlich die Gesellschaftsentwicklung, wie entspannt oder

bedrohlich das äußere Umfeld, — Regierungen in Kopenhagen kommen und gehen. Die Kontinuität ist bei den Dänen der Wechsel. Sie sehnen sich weder nach einem Starken Mann noch nach der Diktatur des Proletariats.

Das V. Kabinett Jørgensen eine lange Dauer zu prophezeien, wäre — siehe oben — ahistorisch; zudem braut sich aktuell ein ganzes Orkantief an Schwierigkeiten zusammen, das auch einer stabileren Regierung rasch das Lebenslicht auspusten könnte.

Immerhin ist der Chef der Sozialdemokraten jetzt seit über sieben Jahren ununterbrochen Ministerpräsident; bereits 1972, nachdem Jens Otto Krag sich mit der gewonnenen EG-Volksabstimmung einen guten Abgang verschafft hatte, übernahm der Anker zum ersten Mal das Ruder.

Neben dem zehnjährigen Jubiläum Jørgensens auf Schloß Christiansborg ist aber in diesem Jahr ein anderer Zehn-Jahrestag zu begehen: 1972 schickte ein gewisser Anwalt Mogens Glistrup, gefragter Steuerrechts-Dozent an der Universität Kopenhagen, sich an, die dänische Politik nach seinen Vorstellungen umzustülpen. Mit seiner Fortschrittspartei erzielte er 1973 einen Sensationserfolg und zog mit 28 Abgeordneten ins Folketing ein. Die „alten“ Parteien mußten alle Federn lassen.

Seitdem ist Glistrups Rückhalt von 16 auf 9 Prozent abgebröckelt, aber mit einem harten Kern an Glistrup-Jüngern muß man wohl fortan rechnen, es sei denn, ihr Guru verschwindet für ein paar Jährchen hinter Gittern. Bislang war die Fortschrittspartei nicht salonfähig. Jetzt sind zwar zumindest Poul Schlüter und Erhard Jakobsen geradezu darauf erpicht, Glistrup in Gnaden aufzunehmen, oder, aus dessen Blickwinkel, auf Fortschritts-Gnaden zu regieren, — solange die Radikalen nicht mitspielen wollen, hilft es ihnen wenig.

So sehr Anker Jørgensen sich im Wahlkampf auf Glistrup einschloß, im Grunde stellt dessen Existenz seine politische Lebensversicherung dar. Geschehen keine erdrutschartigen Verschiebungen im dänischen Parteiengefüge, und wenig spricht dafür, daß dies demnächst passiert, können die Sozialdemokraten auf die Fortschrittspartei zählen; das heißt, dank ihrer erübrigen sich bürgerliche Regierungsträume.

Von daher droht Anker Jørgensen keine unmittelbare Gefahr; Mehrheiten, um gesetzgeben zu können, braucht er dennoch. Die werden ihm wechselweise die Volkssozialisten und die Radikalen, oder die Radikalen und einige der kleinen bürgerlichen Parteien, oder auch die größeren, fürs erste verschaffen.

Komfortable Mehrheiten — ein Fremdwort

So haben die Sozialdemokraten es in der Hand, ob die nächsten Wahlen bereits in einem, oder wie die letzten sechs Male, erst nach zwei Jahren kommen. An längere wahlfreie Zeiten ist allerdings auch nicht zu glauben; denn mit

wechselnden Mehrheiten läßt es sich nicht komfortabel regieren, damit macht man keine prägnante Politik, der man einen sozialdemokratischen Stempel aufdrücken könnte. Die Zeiten sind nicht dazu geeignet, das Volk mit Segnungen zu verwöhnen, oder hohe Staatsmannskunst zu beweisen.

Die Sozialdemokraten zeigen längst Abnutzungerscheinungen und verlieren an Glaubwürdigkeit bei ihren Stammwählern, von denen Arbeiter zu den Volkssozialisten abdriften und Aufsteiger es mal mit einer bürgerlichen Partei versuchen. Für Anker Jørgensen besteht immer wieder Zwang, die Dinge auf die Spitze zu treiben, um dann bei einer Wahl zu versuchen, die Anhängerschaft von der Böswilligkeit der Bürgerlichen zu überzeugen und sie erneut in Solidarität um sich zu scharen.

Dies ist in den vergangenen Jahren mit unterschiedlichem Erfolg gelungen; denn eine Wahl birgt immer auch die Gefahr, daß die Freunde vom letzten Mal die Gelegenheit nutzen, Unzufriedenheit zu offenbaren und eine andere politische Heimat aufzusuchen.

Die Sozialdemokraten werden sich jedoch erst auf den Oppositionsbänken wiederfinden, wenn die verunsicherten Wähler, die bislang nur um ihren Wohlstand bangen, so gebeutelt wären, daß sie sich die Rettung vor drohendem Ruin von einer anderen, sprich bürgerlichen Regierung erhoffen.

Die entscheidende Auseinandersetzung entbrennt hüben wie drüben an wirtschaftlichen Fragen. In der Außenpolitik läßt sich in Dänemark leichter ein breiter Nenner finden.

Die Daten für die materielle Zukunft des Landes sind unheilsschwer, wenngleich nicht ganz so düster wie von manchen Kommentatoren der deutschen Presse, bei denen oft nur Pauschalkenntnisse und damit Pauschalurteile festzustellen sind, gewährt.

Über 300.000 Arbeitslose, 12 Prozent Inflation, Rückgang des Realeinkommens, Zinsniveau über 20 Prozent, 1981 ein Minus von 0,5 Prozent des Bruttosozialproduktes, Zahlungsbilanzunterschuß 13 Milliarden Kronen.

Die Jahresprognose der OECD, die in Dänemark als so etwas wie ein Gottesurteil aufgenommen wird, stellt dem Land ein schlechtes Zeugnis aus und macht ihm wenig Hoffnungen, zeigt aber dennoch einen, wenn auch steinigem Weg aus der Misere.

Die europäische Wirtschaftsorganisation erwartet mit Bedauern ein erhebliches Ansteigen der Nominallöhne, nachdem diesen wieder freien Lauf gelassen wird. Muß die Regierung abermals die Tarifautonomie per Gesetz außer Kraft setzen, wie es in den vergangenen Jahren dreimal geschah als harte Belastungsprobe zwischen den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten?

Die OECD empfahl Kopenhagen, das Messer an die Heilige Kuh des „überaus großzügigen Sozialsystems“ zu legen, an die Arbeitslosenunterstützung, die

Krankenfürsorge und die Renten. Hinzu müsse eine Begrenzung der Steigerungsrate der öffentlichen Ausgaben und eine progressive Reduzierung des Haushaltsunterschusses kommen. Der Steuerdruck dürfe nicht weiter erhöht werden, da er die Lohn- und Preisspirale hochtreibe und die Arbeitslust dämpfe. Und noch mehr mutet die OECD den Dänen zu: die Abschaffung der preis-index-regulierten Lohnzuschläge, der sogenannten Teuerungsportionen. Diese Segnungen seien eingeführt worden in der goldenen Zeit der Vollbeschäftigung und in Erwartung fortgesetzter Realeinkommenssteigerungen, doch das ist längst Vergangenheit.

Lob, aber keine Siegespalmen

Die Regierung fand aber auch Zuspruch seitens der strengen Wirtschaftsrichter. Die dänische Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ist in den letzten Jahren erheblich gesteigert worden, dank mehrerer Abwertungen, einer gewissen Lohnzurückhaltung und einer verminderten Steigerung der Preise importierter Waren. Dänemark hat sich beachtliche Exportvorteile erarbeitet und ist in der Reihe der Ausfuhr-Zuwachsländer weit nach vorn gekommen.

Für 1982 prophezeit die OECD Dänemark, — man bedenke (!) —, ein Wirtschaftswachstum von 3,25 Prozent, — ein Satz, von dem Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff nicht zu träumen wagt. Eine Verstetigung dieser Entwicklung ist jedoch nur zu erzielen, falls das von der OECD angepriesene Rezept befolgt wird.

Da mag man seine Zweifel hegen. Die Regierung Jørgensen versucht, in ihrem Wirtschaftssanierungs- und Beschäftigungsprogramm einen lauen Mittelweg zu fahren, um sich zwischen allen Wünschen und Forderungen hindurchzulavieren. Eine Kur, die keinem wehtut und die jeden befriedigt, ist nun einmal noch nicht erfunden. Zudem ist Dänemark als stark exportabhängiges Land noch enger mit dem Konjunkturverlauf in aller Welt verbunden als die Bundesrepublik.

Siegespalmen sind für Anker Jørgensen an der wirtschaftlichen Front nicht zu ernten, eher muß er Blüenträume welken sehen, und alle Schuld am Fortdauern des Übels wird ihm in die Schuhe geschoben. Auch von daher deuten die Signale nicht auf ein langes Leben seiner Regierung. Es wäre wohl zu kühn zu hoffen, die dänischen Parteien würden den Rat der OECD erhören, es sollte eine „Einkommenspolitik“ auf der Basis eines Konsensus angestrebt werden. Die nächsten Wahlen in Dänemark dürften abermals Abstimmungen über die Verteilung des Mangels und nicht des Überflusses werden.

Zudem schiebt das Land eine milliarden-schwere Wunschliste an Großprojekten vor sich her: Ausbau des Erdgasnetzes, Verbesserung der Infrastruktur durch Modernisierung der Staatsbahnen, deren Unpünktlichkeit wenigstens im Winter sprichwörtlich geworden ist, Brücke über den Großen Belt, Ausbau Flughafen

Kastrup, Ausbau der Autobahnen und noch manch anderer Brocken. Alles auf einmal geht nicht. Das Erdgasnetz schreitet voran, aber unter einem unguten Stern, fast täglich empfängt Petro-Poul (Energie-Minister Poul Nielson) neue Hiobsbotschaften, daß die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Erdgas-Abenteuers nicht aufgehen sollte. Trösten darf er sich aber an der Vorausschau der OECD, Dänemark werde in den 80er Jahren zunehmend vom eigenen Öl und Erdgas aus der Nordsee profitieren. Das darf nicht leichtsinnig verfrüht werden.

Geborgenheitssucht und Galgenhumor

So recht Vergnügen bereitet den Dänen ihr Dasein kaum. Überall sind Anzeichen der Entsolidarisierung spürbar, jeder ruft nach einschneidenden Maßnahmen, wenn sie nur nicht einen selbst treffen. Die Inflation aller Werte ist nicht auf das Geld beschränkt. Trostlosigkeit macht sich breit; dem Stichwort „Angst“ bei uns steht in Dänemark der von der Desillusions-Lyrikerin Vita Andersen geprägte Begriff der „tryghedsnarkomani“, der „Geborgenheitssucht“ gegenüber. Wo alles in Auflösung scheint, — im privaten, zwischenmenschlichen wie im gesellschaftlichen und staatlichen Bereich —, da sucht man verzweifelt nach einem sicheren Hafen, — der will aber nicht in Sicht kommen.

Die Dänen sind aber immer noch Meister der Selbstironie und des Galgenhumors. Sie nehmen sich und die Lage nicht tierisch ernst. Und recht besehen, es gibt ja kaum ein Land auf der Welt, wo es den Menschen so gut geht wie im Reiche Ihrer Majestät.

Ein Trost für jene, die wegen der Dauer-Krise, der Wahl-Inflation, der Kabinetts-Frequenz und der Egoismus-Parteien um den Bestand der parlamentarischen Demokratie in Dänemark bangen, mag auch sein, daß das Land, wie alle westeuropäischen, in den Zwischenkriegsjahren rechtsextreme, faschistoide Bewegungen erlebte, — die Chance, die Macht zu ergreifen, haben sie aber nie besessen.

Immer noch können in Not Geratene in Dänemark damit rechnen, eine menschlichere Lösung ihrer Probleme zu erfahren als sonstwo auf unserem geplagten Erdball. Immer noch darf man darauf bauen, daß die Dänen sich ihrer wahren Tugenden besinnen und ein Beispiel geben, wie Sozialstaat und Freiheitlichkeit aus dem langen Tunnel der kargen achtziger Jahre heil herauskommen können. Den Anspruch, der Welt ein Exempel statuieren zu wollen, werden sie nie formulieren, Pathos liegt ihnen nicht.

Die Mannschaft auf dem Führerstand dürfte in diesem dornigen Jahrzehnt des öfteren wechseln, ganz aus der Richtung schlagen wird der dänische Zug bei der Fahrt ins Ungewisse nicht.

Krise ohne Ende?

Wohin treibt das dänische Parteiensystem?

Was ist los im Staate Dänemark? Früher einmal ein politisch ruhiges kleines Land zwischen Nord- und Ostsee, ist Dänemark in den letzten zehn Jahren immer öfter in die Schlagzeilen auf den Politikseiten der europäischen Presse geraten, weil wieder einmal vorzeitige Neuwahlen bevorstanden. Wo früher politische Wissenschaftler Dänemark zitierten als Beispiel dafür, daß auch ein Vielparteiensystem politische Stabilität sichern kann, wird heute von den „Italienern des Nordens“ geschrieben, von dem Zusammenbruch eines Parteiensystems, von der Krise des Wohlfahrtsstaates schlechthin.

Die Dramatik, die aus dieser Veränderung des Bildes Dänemarks spricht, ist nicht die Dramatik eines Medienereignisses, es ist tatsächlich ein atemberaubender Prozeß politischer Veränderung, der letztendlich an den politischen Grundlagen des Landes nagt.

Man erinnere sich: 1973, kurz vor Weihnachten, gab es in Dänemark Erdrutsch-Wahlen, wie sie in der gesamten Nachkriegsgeschichte der europäischen Parteiensysteme unbekannt waren. Zählt man die Gewinne bzw. Verluste der Parteien zusammen, so hatten 1973 etwa 30 % der Wähler die Partei gewechselt gegenüber der vorhergehenden Wahl 1971. Zwei gerade gegründete Parteien, die populistische „Fortschrittspartei“ des Steueranwalts Mogens Glistrup und die „Centrums-Demokraten“ des sozialdemokratischen Renegaten Erhard Jakobsen, schafften sofort den Sprung ins Parlament. Begleitet wurden sie von der 1970 ins Leben gerufenen Christlichen Volkspartei sowie dem Rechtsstaatsverband und der Kommunistischen Partei, die seit 1960 nur noch ein außerparlamentarisches Dasein gefristet hatten.

Die fünf alten, „etablierten“ Parteien dagegen verloren bis zur knappen Hälfte ihrer Wähler, und die große, alles dominierende Partei, die Sozialdemokraten, wurden auf das Niveau der frühen zwanziger Jahre zurückgeworfen. Die Konservative Volkspartei rutschte gar unter die 10-Prozent-Marke ab. Die Stellung als zweitgrößte Partei im Kopenhagener Parlament nahm dagegen die Fortschrittspartei ein!

Was danach folgte, hat sich seitdem nicht mehr grundlegend geändert: Das Parteiensystem ist atomisiert, zehn bis elf Parteien teilen sich die 179 Sitze im dänischen Folketing, und eine feste Regierungskoalition ist nicht mehr zu bilden. Alle Regierungen seitdem standen und stehen vor der Aufgabe, mit mehreren kleinen Parteien im Zentrum des Parteiensystems zusammenzuarbeiten, und,

gelegentliche mit wechselnden Mehrheiten, ihre Politik zu führen. Entsprechend kurzzeitig war die Politik, schlecht koordiniert und in Einzelmaßnahmen zersplittert.

Ständiges Thema der Diskussion dieser Jahre war die Zusammenarbeit aller drei großen Fraktionen „über die Mitte hinweg“ — also eine Koalition aus Sozialdemokraten und Venstre oder Konservativen, oder sogar aus allen drei. Sozialdemokraten und Venstre haben 1978-79 auch eine solche Zusammenarbeit versucht — sie scheiterte kläglich! Während die rechtsliberale Venstre den Weg aus der Wirtschaftskrise in einer konservativ-marktwirtschaftlichen Politik finden wollte, hielten die Sozialdemokraten an einer Politik staatlicher Interventionen fest. Wo die Venstre den Sozialstaat zurückdrängen wollte, akzeptierten die Sozialdemokraten — und die mit ihnen eng verbundenen Gewerkschaften — höchstens seine Anpassung an die schwierige Wirtschafts- und Finanzlage.

Diese Periode macht die Spaltung deutlich, die etwa mitten durch das dänische Parteiensystem geht: Der Konflikt um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen Kapital und Arbeit bzw. zwischen Kapitaleignern und Nichtkapitalbesitzern. Da diese Verteilung der Reichtümer — besser gesagt: des Zuwachses — in Dänemark in hohem Maße über Besteuerung und staatliche Leistungen und Zuschüsse erfolgt, ist dieser Konflikt immer mehr zu einem Konflikt um den Wohlfahrtsstaat geworden.

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein war das Kräfteverhältnis im Parlament geprägt von einem labilen Gleichgewicht zwischen der Linken (Sozialdemokraten) und der Rechten (Venstre, Konservative), während die sozial-liberale Radikale Venstre das Zünglein an der Waage spielte.

Da diese Partei den Sozialdemokraten politisch wie historisch näher stand als den Konservativen, unterstützte sie meist die Sozialdemokraten: entweder in einer Regierungskoalition, wie 1957-60 und 1960-64, meist aber als parlamentarische Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung. 1966 führte der Erfolg der undogmatisch-sozialistischen „Sozialistischen Volkspartei“ (SF) zu einer Stärkung des linken Flügels im Parlament, so daß die Radikalen ihre Schlüsselstellung verloren. Dies trug dazu bei, daß sie sich stärker zum bürgerlichen Lager hin orientierten und nach der Niederlage der Linken (genannt „Rotes Kabinett“, obwohl die SF nicht in der Regierung vertreten war, sondern sie nur im Parlament mit trug) eine bürgerliche Drei-Parteien-Koalition einging: Die VKR-Regierung 1968-71.

Seit 1973 nun ist dieses labile Gleichgewicht dahin. Zwar gab es wiederholt rechnerische Mehrheiten für die bürgerlichen Parteien, aber sie ließen sich politisch nicht ausnutzen. Die zeitweise größte Fraktion dieses Lagers war nämlich die Fortschrittspartei des Mogens Glistrup, mit der aber keine andere Partei

Zusammenarbeiten will und kann. Diese Stimmen sind also praktisch verloren, und verloren ist mit ihnen auch die realistische Chance zum Machtwechsel durch Wahlen — ein wesentliches Merkmal der parlamentarischen Demokratie. Die Folge hat die Wahl 1981 gezeigt: Trotz einer empfindlichen Wahlschlappe stellen die Sozialdemokraten wieder die Regierung, wiederum ein Minderheitskabinet. Es muß dem Wähler über kurz oder lang als unvermeidlich erscheinen, daß die Sozialdemokraten die Regierung stellen.

Die bürgerlichen Oppositionsparteien sehen sich somit in einer Lage, in denen ihnen nur noch der Ausweg partieller Zusammenarbeit mit der Regierung bleibt, wollen sie eigene politische Ziele und Vorstellungen in die Regierungspolitik einbringen. Sich in der Opposition als Regierungsalternative bereitzuhalten, wie dies die Rolle der Oppositionspartei in England ist, erscheint unter solchen Umständen als sinnlos — abgesehen davon, daß in der politischen Kultur Dänemarks von der Opposition schon immer prinzipielle Kooperationsbereitschaft erwartet und auch gebracht wurde, gerade in entscheidenden Fragen.

Aber diese Zusammenarbeit führt zur Mitverantwortung. Für den unzufriedenen Wähler bleibt dann nur noch eine Partei auf den äußeren, radikalen Flügeln des Parteiensystems als Alternative. In dieser Position hat Glistrup bisher seine Stellung erstaunlich gut behaupten können, trotz ständiger justischer Affären um Anklage und Urteile wegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug. Auf dem linken Flügel sind es in erster Linie die moskautreuen Kommunisten und die eher am Maoismus ausgerichteten Linkssozialisten, aber auch die SF, die vom Protest gegen diese Kompromißpolitik profitieren.

Mittelfristige Strategie der bürgerlichen Opposition muß es also sein, der Fortschrittspartei die Wähler wieder abzunehmen durch eine härtere Konfrontationspolitik gegenüber der Regierung, die eine Mehrheit auch in Zusammenarbeit mit den kleineren Parteien erreichen kann. Die Konservative Volkspartei hat 1975- 79 eine solche Politik zumindest zeitweise und in Ansätzen geführt und bei den Wahlen 1977 und 1979 deutliche, 1981 immerhin erneute Zuwächse verzeichnen können.

Das zweite Dilemma, in das das Parteiensystem seit 1973 geraten ist, ist der Zersplitterung in zehn bis elf Parteien, davon fünf bis sechs kleinere mit weniger als zehn Prozent der Stimmen. Da jede dieser Parteien sich so energisch wie möglich für die Interessen der gesellschaftlichen Gruppe einsetzt, die sie vertritt, gibt es keine festen Bündnisse im Parlament mehr. Zwar haben Minderheitsregierungen in der dänischen politischen Geschichte Tradition, und sie werden auch von der Verfassung dadurch erleichtert, daß der dänische Regierungschef von der Königin ernannt und nicht vom Folketing gewählt wird, also nur negative Mehrheiten gegen sich vermeiden muß. Aber seit 1973 können die Minderheitskabinette nicht wie in früheren Jahrzehnten auf die feste

parlamentarische Unterstützung durch *eine* „Stützpunktpartei“ bauen. Mit wechselnden Mehrheiten operierend und von der ständigen Gefahr eher zufälliger Majoritäten gegen sich bedroht, kann solch eine Regierung keine planvolle Politik betreiben, die über den Tellerrand der Tagespolitik und des kurzfristigen Krisenmanagements hinausreicht.

Mitverantwortlich für die Zersplitterung des Parteiensystems sind die niedrige 2-Prozent-Klausel für die Wahl zum Folketing und die fast perfekte proportionale Sitzverteilung mit Ausgleichsmandaten zur Reststimmenverteilung. Während das Auszählverfahren in der Bundesrepublik oder zum Parlament in Norwegen den großen Parteien einen Vorteil bei der Sitzverteilung einräumt („Verstärkereffekt“), um damit die Mehrheitsbildung zu fördern, bringen in Dänemark 10 Prozent der Wählerstimmen auch etwa 10 Prozent der 179 Mandate im Folketing ein, eher etwas mehr für die kleinen Parteien. So bekamen die Konservativen 1977 für 8,5 Prozent der Stimmen 9,5 Prozent der Sitze (15), die Sozialdemokraten für 37 Prozent der Wählerstimmen 36,3 Prozent der Mandate.

Damit wird die Gründung neuer Parteien erleichtert, denn die Gefahr, daß man seine Stimme „verschenkt“ — ein nicht zu unterschätzendes Wahlmotiv in der Bundesrepublik — ist unter diesen Umständen gering.

Aus radikal-demokratischer Sicht mag man das begrüßen: Auch marginale politische Interessen und Konflikte können so Einfluß auf die Gesetzgebung nehmen. Aber in der parlamentarischen Demokratie ist es eine der Aufgaben des Regierungssystems, die Mehrheitsbildung zu gewährleisten. Gibt man nun vielen gesellschaftlichen Interessengruppen die Möglichkeit, als eigene Partei im Parlament aufzutreten, arbeitet man dieser Aufgabe entgegen. Jede Partei muß schließlich versuchen, möglichst selbständig aufzutreten, um ihre Existenzberechtigung unter Beweis zu stellen. „Autonomes Verbandsinteresse“ nennen die Soziologen diesen Effekt. Wenn in einer Gesellschaft die Widersprüche in ihrer Mehrheit aber nicht fundamental, also eher zweitrangig sind, müssen die auf diesen Gegensätzen bauenden Parteien sie immer wieder unterstreichen und eher verschärfen als abbauen. In politischen Systemen wie dem der Bundesrepublik oder Englands dagegen sind solche Minderheiten eher veranlaßt, sich in die großen Parteien zu integrieren und dort ihre Interessen mit einzubringen. Das trägt zur Regelung und zum Abbau der Konflikte bereits im politischen Vorfeld bei.

Hier ist nicht der Platz, näher darauf einzugehen, warum die Zersplitterung des Parteiensystems erst 1973 erfolgte, obwohl die institutionellen Voraussetzungen dafür schon vorher gegeben waren. Eine der Ursachen war aber zweifellos die faktische Alternativlosigkeit der VKR-Regierung 1968-71. (Ausführlich dazu wie zu den sozialstrukturellen Voraussetzungen: R. Wenzel: Das Parteiensystem Dänemarks, Entwicklung und gegenwärtige Struktur. Wachholtz-Verlag

Neumünster, erscheint voraussichtlich Mitte 1982). Die politisch Verantwortlichen in Dänemark müssen sich aber Gedanken machen, wie sie das gegenwärtige Dilemma überwinden können, ehe es zu einer Krise der parlamentarischen Demokratie überhaupt kommt, weil sie zwei ihrer wesentlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen kann: Die Mehrheitsbildung zum Zweck einer stabilen Regierung und die Gewährleistung der Chance des Machtwechsels durch Wahlen.

Wiederholt diskutiert wurde in Dänemark die Heraufsetzung der Prozentklausel auf drei oder fünf. Das Thema wurde aber jeweils schnell wieder fallengelassen — wegen politischer Aussichtslosigkeit. Da jede Regierung auf die kleinen Parteien angewiesen ist, kann sie nichts durchsetzen, was diese Gruppen politisch „in die Wüste schicken“ würden. Eine größere Chance hat da sicherlich der jüngste Vorschlag aus den Reihen des Parlaments, Neuwahlen nur für jedes zweite Jahr zuzulassen. Für mehr Stabilität und Regierungsfähigkeit würde das aber nicht sorgen, im Gegenteil, der Regierungschef wäre des letzten Disziplinierungsmittels gegenüber allzu widerborstigen Kooperationspartnern beraubt, nämlich der Drohung mit der vorzeitigen Parlamentsauflösung zu einem Zeitpunkt, an dem es den Betroffenen überhaupt nicht gelegen kommt. Zu überlegen wäre dagegen die Änderung des Auszählverfahrens, um die großen Parteien im Parlament zu stärken. Der Effekt solch einer Maßnahme ist jedoch eher klein einzuschätzen.

Angesichts der im internationalen Vergleich eher schwach ausgeprägten gesellschaftlichen Konflikte in Dänemark ist es aber des Versuches wert, das Verfahren der Regierungsbildung zu ändern: Der Regierungschef sollte vom Parlament gewählt werden. Das schafft zwar keine stärkeren Parteien oder Fraktionen, aber es stärkt die Regierung. Denn damit würden die kooperationsbereiten kleinen Parteien des Zentrums stärker zur Loyalität und zur Zusammenarbeit mit der Regierungsfraktion verpflichtet, als dies bisher der Fall ist. Einen Regierungschef, den man selbst gewählt hat, läßt man nicht so leicht im Regen stehen wie einen, den man nur toleriert.

Die „amputierte Nordmark“ im Vorfeld des Nationalsozialismus

*Zur Rolle der „Schleswig-Holstein-Bewegung“**

Die in Schleswig-Holstein besonders starke Ausprägung des allgemein nationalistisch-restaurativen Trends und die damit verbundene Anfälligkeit breiter Bevölkerungsschichten für antidemokratische Ideen hingen in vielfacher Weise mit der spezifischen geistig-politischen Atmosphäre in Deutschlands nördlichster Provinz zusammen. Diese war in erster Linie von dem Phänomen „Grenze“ bestimmt. Der überwiegende Teil der schleswig-holsteinischen Bevölkerung konnte sich mit der neuen Grenzregelung nach der Weltkriegsniederlage nicht abfinden. Das Propagandabild von der „amputierten Nordmark“ gab der vorherrschenden Stimmung Ausdruck. Der im ganzen Reich erhobene Ruf nach Aufhebung des „Versailler Diktats“ verband sich in Schleswig-Holstein mit der Propaganda gegen das sogenannte „Unrecht von 1920“ und mit der Hoffnung auf Wiederherstellung der alten Größe und Macht, um, wie es im „Schleswig-Holsteinischen Jahrbuch“ von 1921 hieß, „wieder zu gewinnen, was unser ist“. Die Forderung nach Revision der „Willkürgrenze“ blieb ein prägender Bestandteil des überwiegend von bürgerlich-nationalistischen Kräften bestimmten öffentlichen Bewußtseins in der Provinz.

In enger Verbindung mit der Grenzagitatio wurden in der Provinz auch jene traditionellen, durch die Gebietsabtrennung neu aktivierten Vorstellungen weiter kultiviert, in denen Schleswig-Holstein eine besonders herausragende Rolle zukam. Schleswig-Holstein sollte „Bewahrer und Vorkämpfer deutschen Volkstums“ sein — in seiner Auseinandersetzung, zu deren Charakterisierung sich Oberpräsident Kürbis in die welthistorische Dimension verstieg, als er 1923 vor dem Provinziallandtag erklärte, daß „der Kampf zwischen nord- und südgermanischer Zivilisation und Kultur auf Schleswig-Holsteins Boden immer erster“ entbrenne. Man verkündete, die Schleswig-Holsteiner hätten einen

* Gekürzte Wiedergabe des Kapitels „Vaterland, Heimat, Wir“. Die ‚Nordmark‘ Schleswig-Holstein in den zwanziger Jahren: Politisch-soziokulturelle Strömungen im Vorfeld des Nationalsozialismus“ aus meinem Buch „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“, Neumünster (Wachholtz-Verlag) 1982 (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 4); dort auch ausführliche Quellen- und Literaturhinweise.

speziellen Auftrag innerhalb der deutschen Politik. Diese den „Nordmark“-Mythos beschwörenden, in vielen öffentlichen Reden in der Grenzprovinz propagierten Vorstellungen artikulierte exemplarisch der einflußreiche Provinziallandtagsabgeordnete Anton Schifferer, als er 1925 erklärte:

„Unsere geographische Lage, unsere Geschichte und die Eigenart unseres schleswig-holsteinischen Volkstums berechtigen uns zu dem Glauben, daß unsere Heimat im Rahmen deutscher Gesamtkultur und damit deutscher Staatspolitik Sonderaufgaben zu erfüllen hat im Interesse des gesamten deutschen Vaterlandes.“

Was Oberpräsident Kürbis unter diesen vielgenannten „Sonderaufgaben“ verstand, erläuterte er 1926 im Provinziallandtag:

„Wir sind uns unserer Aufgabe bewußt, Bewahrer und Vorkämpfer deutschen Volkstums zu sein und daneben auch die Brücke zu bilden nach Skandinavien zum Zwecke gegenseitiger Befruchtung der verwandten germanischen Kulturen ...“

Allerdings drang der hier von Kürbis — in bemerkenswertem Widerspruch zu seinen oben erwähnten Ausführungen von 1923 — angesprochene zweite Aspekt, nämlich als Brücke der Völkerverständigung zu den nordischen Nachbarländern zu fungieren, so gut wie überhaupt nicht in das öffentliche Bewußtsein, da dessen Träger sich in der einschlägigen Propaganda fast ausnahmslos einseitig auf den ersten Aspekt beschränkten. Das führte dazu, daß sich der aus dem 19. Jahrhundert stammende „Nordmark“-Mythos und die neu entfachten Ressentiments gegen die dänischen Nachbarn zu einem elitären, nationalistisch pointierten und irrational eingefärbten Sonderbewußtsein verbanden, das von den tonangebenden Kräften in der Provinz bewußt und zielstrebig gefördert wurde.

Es waren insbesondere die konservativ-bürgerlichen Kreise, die im Rahmen ihrer Strategie, mittels nationalistischer Parolen von den aktuellen sozialen und innenpolitischen Interessenkonflikten abzulenken, die Verpflichtung aller Schleswig-Holsteiner, ihrer „nationalen Aufgabe“ nachzukommen, betonten. In welchem demagogischen Stil dies in der Regel geschah, illustriert eine Passage aus einem autobiographischen Buch von Max Kiepert. Für diesen Staatsbeamten alter Couleur, der als Landrat sowohl im Kaiserreich wie in der Weimarer Republik wie auch noch nach 1933 in besonderem Maße die Kontinuität der schleswig-holsteinischen Verwaltungsbehörden verkörperte, stand fest:

„Jeder Schleswig-Holsteiner ist davon überzeugt und wird von Jugend auf dazu erzogen, daß die Provinz die Grenz wacht zu halten hat an der dänischen Grenze, ja daß es die besondere von Gott und Vaterland übertragene Mission dieses Volksstammes sei, Wacht zu halten gegen Norden ...“

Unterstützt wurde das übersteigerte Sendungsbewußtsein von populären Geschichtsbetrachtungen, die Schleswig-Holstein eine zentrale Rolle für das

Zustandekommen der deutschen Reichseinheit im 19. Jahrhundert zuschrieben. Schleswig-Holsteins „große Vergangenheit ... als Wegbereiter Großdeutschlands“ wurde beschworen und die Bilder von Schleswig-Holstein als „Eckpfeiler des Reiches“ als „deutschem Symbol“ und als „Repräsentant des Deutschen Gedankens“ wurden wieder aufgefrischt und wie gehabt in den Dienst der nationalistischen Ausrichtung — die sich nun allerdings gegen den bestehenden Staat wandte — gestellt. Hinzu kamen elitäre Ansprüche, die aus den dubiosen Kategorien des völkisch-rassistischen Denkens abgeleitet waren. Typisch dafür die Meinung des Medizinprofessors und Rektors der Kieler Universität Karl Kießkalt, der 1922 in der „Nordmark“ Schleswig-Holstein, „die von allen Teilen Deutschlands ... reinste germanische Bevölkerung, die größten und blondesten Menschen“ beheimatet sah.

Unmittelbar nach der Weltkriegsniederlage — für sie waren nach Ansicht führender Sprecher der Heimatbewegung „die schöne Technik der Feinde“, die „eigenen verblendeten Volksgenossen“ und der „Mangel an Patriotismus“ verantwortlich — hatten die zahlreichen lokalen und überlokalen Heimatvereine nachdrücklich ihren Willen bekundet, einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands zu leisten. Das sollte, wie auf ihren Kundgebungen herausgestellt wurde, vor allem durch die Bewahrung des „Glaubens an deutsche Art und deutsches Sein“ sowie die Pflege von „völkischem Bewußtsein“ und „Heimatliebe“ geschehen. In diesem Sinne verstanden sie sich, wie es der „Nordfriesische Verein für Heimatkunde und Heimatliebe“ formulierte, als Träger der „Verantwortung gegen das Erbe der Väter und um die Kultur der Zukunft in einer von Zivilisation zersetzten Zeit“. Kennzeichnend für die gesamte „Schleswig-Holstein-Bewegung“ waren jene Stimmen, die über die „verhängnisvolle Entfernung von den schöpferischen Kräften des Volkstums“ lamentierten und pauschal gegen die „Errungenschaften der Neuzeit“ und die „sogenannten Fortschritte der Nachkriegszeit“ polemisierten. Die politischen Leitbilder, für deren Verbreitung man sich in diesen Kreisen einsetzte, sind am prägnantesten in der 1920 geprägten Formel „Vaterland, Heimat, Wir“ zusammengefaßt.

Zentrale der „Schleswig-Holstein-Bewegung“ und zugleich Motor der Grenzagitator war der 1919 auf Initiative des „Deutschen Ausschusses“ gegründete „Schleswig-Holsteiner Bund“ (SHB). Er setzte praktisch ungebrochen die politische Linie dieser im Juni 1920 aufgelösten Grenzagitationsvereinigung fort, was ihn von vornherein in Gegensatz zur Arbeiterschaft und deren parteipolitischen Organisationen brachte. Nahezu derselbe konservativ-bürgerliche Führungskreis, der im „Deutschen Ausschuss“ den nationalistischen und reaktionären Ton angegeben hatte, bestimmte in der Folgezeit das Wirken des SHB. Als Zweck des sich selbst als überparteilich bezeichnenden Bundes war im ersten Punkt seiner Satzung die „Pflege und Förderung des

Stammesbewußtseins, des Gemeinschaftsgefühls und der Heimatliebe der Schleswig-Holsteiner“ genannt. Seine oberste Zielsetzung sah er in einer Grenzrevision, für die er sich offiziell auf „die gerechte Durchführung des wahren Selbstbestimmungsrechts der Völker“ berief. Allerdings gab es in seinen Reihen auch gewichtige Stimmen, die lauthals eine Wiederherstellung der alten „Königsgrenze“ forderten.

Zu seinen Aufgaben zählte der SHB insbesondere auch die Zusammenarbeit mit den Organisationen der deutschen Minderheit in Dänemark. Deren führender Sprecher, Pastor Schmidt-Wodder, gehörte dem Landesausschuß des SHB an und war einer seiner eifrigsten Agitatoren. Neben ihm standen an der Spitze des Bundes durchweg Personen mit großem öffentlichen Einfluß, so u. a.: der Flensburger Oberbürgermeister Todsén, der Kieler Rektor Hoff, die beiden Dithmarscher Landräte Kracht und Pauly, der Landesökonomierat und DNVP-Funktionär Jensen-Ausacker, der Direktor der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer Th. Thyssen, der Kieler Museumsdirektor Sauer mann, der Schleswiger Oberlehrer Tränckner, der Flensburger Journalist Schröder, der Vorsitzende des „Bauernvereins“ und Mitbegründer der „Landespartei“ Iversen-Munkbrarup, der Kieler Universitätsprofessor Scheel. Die Aktivitäten des SHB, der eine eigene Zeitschrift — „Der Schleswig-Holsteiner“ — herausgab, fanden in der Provinz breite Unterstützung. 1920 bekam der Bund sogar vom Provinziallandtag einen Zuschuß von 50.000 Mark bewilligt. Zwar kam der betreffende Beschluß gegen die Stimmen der SPD-Abgeordneten zustande, aber in einigen anderen Fällen erwiesen auch sozialdemokratische Spitzenvertreter dem SHB offen ihre Reverenz. Beispielsweise rühmte 1924 der Altonaer Oberbürgermeister Brauer anläßlich der in Altona abgehaltenen 5. SHB-Landesversammlung die Verdienste des Bundes, dem, wie er betonte, „nicht nur der Dank der Schleswig-Holsteiner, sondern aller deutschen Volksgenossen gebühre“.

Signifikante Höhepunkte in der propagandistischen Arbeit der vom SHB angeführten „Schleswig-Holstein-Bewegung“ stellten die zahlreichen „Nordmark-Kundgebungen“ dar, die vornehmlich an den nationalen und schleswig-holsteinischen Gedenktagen mit großer öffentlicher Unterstützung und feierlichem Zeremoniell veranstaltet wurden. Die besonderen Anstrengungen galten dabei dem Bemühen, den 14. März — der Tag des klaren deutschen Abstimmungssieges in der II. Zone im Jahr 1920 — zu einem „gemeinsamen vaterländischen Festtag“ zu machen, in der Absicht, „den Geist der Abstimmungstage ... zu erhalten und zu vertiefen“. Denn dieser wurde gleichgesetzt mit einem „nationalen Erlebnis der Volksgemeinschaft“, wie es zuvor in ähnlicher Intensität nur noch 1914, in den Tagen des Kriegsausbruchs, verwirklicht worden wäre.

Im Zusammenhang damit wurde es üblich, den alten schleswig-holsteinischen

Schlachtruf „up ewig ungedeelt“ auch als Appell für den inneren, zur Erfüllung der „nationalen Pflicht“ notwendigen Zusammenhalt zu benutzen. Solche irrationalen Glorifizierungen einer durch den „Druck der nationalen Not“ konstituierten „Volksgemeinschaft“ erfüllten eine ähnliche reaktionäre Funktion wie die einschlägigen demagogischen Propagandabilder der demokratiefeindlichen Rechtsgruppierungen. Letztlich richteten sich alle die Bestrebungen, das „Wir-Erlebnis“ einer von sozialen und politischen Divergenzen unberührten „Volksgemeinschaft“ zu propagieren, indirekt oder direkt gegen die parlamentarische Mehrparteien-Demokratie und die sie tragenden Kräfte. Die Beschwörungen des völkischen Gemeinschaftsgefühls waren häufig mit der Vorstellung verknüpft, daß den „Grenzdeutschen“ aufgrund ihres Bekenntnisses zu einer „Volksgemeinschaft, die stärker ist als Partei und Klasse“, die besondere Aufgabe zukomme, Deutschland zu neuer Größe emporzuführen. Dabei fühlte man sich nicht nur zur Abwehr ausländischer Einflüsse aufgerufen, sondern sah sich auch in eine spezielle Pflicht auf dem innenpolitischen Sektor genommen, so wie es E. Thorn 1921 in seinem im allgemeinen eher maßvollen Buch über die nordschleswigsche Frage formulierte:

„Ja, auch gegen die inneren Feinde des Zerfalls und der Entnervung wird das Deutschtum der Peripherie die Führung übernehmen müssen, denn die Geschichte lehrt, daß die Kernvölker stets von den Grenzen her die Anregung zu neuer Entwicklung gewannen.“

Träger dieser „Grenzland“-Ideologie war vor allem der „Deutsche Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum“, eine 1919 gegründete Spitzenorganisation aller deutschen Grenzverbände. Die über 100 darin zusammengeschlossenen Vereine und Verbände — darunter auch der SHB — propagierten die „schicksalshafte Verbundenheit“ aller „Grenzlanddeutschen“ und deren entscheidende Rolle bei der „Wiedergeburt des großdeutschen Gedankens im Reich“. Dabei wurde sie von der schleswig-holsteinischen Presse kräftig unterstützt. In dem Willkommensgruß, den die „Flensburger Nachrichten“ dem „Deutschen Schutzbund“ anlässlich seiner 1923 in Flensburg abgehaltenen Bundestagung entboten, hieß es:

„Die Grenzdeutschen sind berufen, unser Volkstum und damit den großdeutschen Staat neu zu bauen ...“

Welche imperialistischen Gedankengänge und „Ostlandreiter“-Vorstellungen sich häufig mit solchen Parolen verbanden, enthüllt ein 1926 veröffentlichter Aufsatz von Pastor Schmidt-Wodder mit dem Titel „Deutsches Volk — Deutsche Grenzen“. Darin ist das „tragische Schicksal“ beklagt, das es dem deutschen Volk im Weltkrieg letztlich versagt habe, „über die zu engen Staatsgrenzen“ hinauszubrechen, wo dies doch „ein ganz natürlicher, dem Stand der Volkskraft entsprechender Vorgang gewesen wäre“. Deshalb forderte der Autor:

„Der geschlossen wohnende deutsche Volksbestand in Europa muß zu Groß-Deutschland zusammen gefaßt werden ... dem deutschen Volk müssen neue Siedlungsmöglichkeiten geöffnet werden, am natürlichsten nach dem Osten und Südosten hin ...“

Zentraler Gedanke der „Grenzland“-Ideologie und der gesamten „Volkstums- und Heimatbewegung“ war ein nebulöser „Volkstum“-Begriff. Exemplarisch für dessen diffus-irrationale Dimension sind die Ausführungen des Kieler Geschichtsprofessors Carl Petersen über die „Grundlagen deutscher Volkstumsarbeit in Schleswig-Holstein“. Petersen wußte bei seinem pseudowissenschaftlichen Bemühen, der „Schleswig-Holstein-Bewegung“ eine theoretische Grundlage zu geben, zu einer Definition des „Volkstums“ nichts anderes als so irrationale Leerformeln wie „Wesensbestimmung der Ganzheit und Einheit des Volkes“, „vegetative Kraft“ oder „zeugerische Grundkraft des Volkes“ beizusteuern. Wie in seinem Gesinnungskreis üblich, berief er sich dabei auf Friedrich Ludwig Jahn, der schon 1810 das „Deutsche Volkstum“ metaphysisch-idealistisch und als personifizierte Größe begriffen und propagiert hatte.

Aus der Volkstumsideologie ergaben sich nahezu zwangsläufig auch massive rassistische und antisemitische Tendenzen. Exemplarisch dafür ist ein 1929 im „Schleswig-Holsteiner“ veröffentlichter Beitrag von A. Geerkens. Darin ist unter dem Titel „Um die Erhaltung der lebenden Kräfte unseres Volkstums“ die Rasse als Ursprung des Volkstums und als „das kostbarste Gut, welches ein Volk zu hüten hat“, bezeichnet. Eindringlich wird vor „Fremdheirat“, „Verslawung“ und „Verjudung“ gewarnt.

Wie stark die aktuelle Grenzagitiation der „Schleswig-Holstein-Bewegung“ sowie Weltverständnis und politisches Denken ihrer Spitzenvertreter von volkstumsideologischen Irrationalismen geprägt waren, dokumentiert sehr anschaulich ein 1924 erschienener Aufsatz von Christian Tränckner. In einem ausschließlich von Wortführern der „Schleswig-Holstein-Bewegung“ bestrittenen Sonderheft der konservativen Monatszeitschrift „Die Tat“ schrieb Tränckner über „Sinn und Ziel des deutsch-dänischen Grenzkampfes“ und betonte:

„Wir sehen unser Ziel nicht in einer pazifistischen Indolenz oder einer rationalen Verständigung der Völker, beides ist ganz unmöglich und unfruchtbar, sondern in der Herausgestaltung der eigenen volklichen Lebensform, die sich organisch bildet im Ringen mit Verwandtem und dem gegensätzlichen Leben blutsverwandter Völker. Die Völkerfamilie ist Hülle und Basis ringenden Volkstums, aus dem ihr Kraft und Fülle erwächst, ist natürlicher Organismus gegenüber der mechanistischen ‚G.m.b.H.‘ eines Völkerbundes.“

Hand in Hand mit der Popularisierung der Volkstums- und „Grenzland“-Ideologie vollzog sich eine Reaktivierung jener irrationalen Leitbilder des völkischen Kulturpessimismus, die schon vor dem Weltkrieg in Schleswig-Holstein das

öffentliche Bewußtsein zu beeinflussen begonnen und unmittelbar nach Kriegsende in der „Landespartei“ sogar vorübergehend einen parteipolitischen Organisationsrahmen gefunden hatten. Ob es sich dabei um die romantische Glorifizierung von Bauernstand und ländlichem Leben handelte oder um die Fetischierung von Natur, Boden, Besitz und Heimat oder um die Verklärung von Begriffen wie „Gemeinschaft“ und „Wir“ zu außerhalb der rationalen Überprüfung liegenden ethisch-politischen Postulaten oder um das Plädoyer für „Verinnerlichung“ und die „irrationalen Kräfte der Einzelseele und des Volkstums“ — an den tatsächlichen sozialen und politischen Herausforderungen gingen alle diese Phrasierungen vorbei, ja sie dienten nicht selten zu deren bewußter Verschleierung.

In Schleswig-Holstein wurden die irrationalen und antidemokratischen Klischees der Volkstumsideologie nicht nur von den Heimatvereinen und Grenzagitationsverbänden propagiert. Sie wurden auch von mittelständischen Berufsorganisationen übernommen und weiterverbreitet und gehörten zum Teil auch zu dem Gedankengut, das in den nach 1918 neu eingerichteten, staatlich geförderten Heimvolkshochschulen und in der 1922 ins Leben gerufenen „Jungbauernbewegung“ gepflegt wurde. Darüber hinaus wurde ihre Verbreitung auch durch die mannigfaltigen Querverbindungen gefördert, die zwischen der „Schleswig-Holstein-Bewegung“ und den rechtsgerichteten Parteien und Organisationen bestanden. Es gab eine Fülle von kooperativ durchgeführten Aktionen, von personalen Verflechtungen und ideologischen Gemeinsamkeiten. Zu den letzteren ist — nach dem übersteigerten Nationalismus — vor allem auch die Idee des Führertums zu zählen.

Diese genoß in der Weimarer Republik große Popularität und war in den Vorstellungen breiter Schichten — insbesondere auch bei dem von Untertanengesinnung und obrigkeitstaatlichen Denkmustern geprägten Bürger- und Bauertum — fest verankert.

Innerhalb der „Schleswig-Holstein-Bewegung“, deren Anhänger das Führerprinzip voll bejahten, wurde die „Führer-Sehnsucht“ vornehmlich auf dem ihr immanenten irrational-pseudo-religiösen Akzent betont. Man beklagte das Fehlen der „überragenden Führung einer dämonischen Persönlichkeit“, man hoffte, daß „der Führer, der Schöpfer und Erlöser“ aus „stillem Volkstum“ hervorkäme, man beschwor „den großen Volksgestalter, den Volkserneuerer aus den letzten Tiefen des Geistes“ und den Glauben an den von Gott geschickten Wundertäter, „der dies Volk wieder zu neuer Blüte“ führen würde. In diesen Wunschbildern, geprägt von autoritär-charismatischen Denkkategorien sowie genährt von kollektiven Frustrationsgefühlen und damit korrespondierenden Messiaserwartungen, manifestierte sich mit der Stimmung ansteigender Hörigkeitsbereitschaft einer der primären Voraussetzungen für den Erfolg demagogischer Agitation. Daß die

„Führer-Sehnsucht“ in diesen Kreisen für gewöhnlich nicht auf eine konkrete Person gerichtet war, sondern sich eher orakelhaft verschwommen darbot, ändert nichts an ihrer antidemokratischen Funktion; es erhöhte sich dadurch sogar ihre Verfügbarkeit, was es der NSDAP und Hitler erleichterte, sich ihrer im Kampf gegen die Weimarer Republik zu bedienen.

Obwohl der Schleswig-Holstein-Bewegung“, geht man von den subjektiven Intentionen eines Teils ihrer Anhänger aus, durchaus idealistische Motivationen und echte Bedürfnisse nach konkreter Verbesserung der Lebensumstände zugrundelagen, bestand ihre Gesamtwirkung zunächst einmal ganz allgemein eindeutig darin, die emanzipatorischen und aufklärerischen Tendenzen zurückzudrängen. Die Beschwörung des antirationalen Gefühls- und Ideenschwulstes sowie die Flucht in Mythen und idyllische Wunschvorstellungen verdichteten sich gleichsam zu einem System der Realitätenverkenning. Die politischen Funktionen von solchen irrationalen Tendenzen sind evident. In den propagierten Leitbildern wie „Volk“, „Volkstum“, „organische Volksgemeinschaft“ drückte sich eine Enthistorisierung der gesellschaftlichen Probleme aus, die den Menschen keine Möglichkeit zubilligte, ihre Verhältnisse durch rationale Planung und zweckvolle Gestaltung zu verbessern. Eine solche „Geschichtsauffassung“, obligatorisch gepaart mit der Ausklammerung sozialökonomischer Faktoren, konvergierte in der konkreten Interessensituation der Weimarer Republik mit der Rechtfertigungsideologie aller reaktionären Bewegungen und Schichten, die sich für eine Aufrechterhaltung der überkommenen Privilegien- und Herrschaftsverhältnisse und gegen die Bestrebungen nach Demokratisierung und sozialer Veränderung einsetzten.

Angesichts der ideologischen Affinitäten und der gemeinsamen Frontstellung war es nicht ohne innere Logik, daß einige führende Vertreter der „Schleswig-Holstein-Bewegung“ schon früh Kontakt mit der NSDAP aufnahmen. Und es ist nicht verwunderlich, daß sich die Anpassung der volkstumsideologischen Heimat- und Grenzverbände an den Nationalsozialismus bereitwillig und teilweise schon vor 1933 ohne Schwierigkeiten zu vollziehen begann. Vorübergehende Geplänkel können über diese Tatsache der „Selbstgleichschaltung“ nicht hinwegtäuschen. Es war beileibe nicht nur der von Gerd Vaagt in seinem 1971 veröffentlichten Aufsatz über den „14. März als nationales Erlebnis“ angesprochene „Rausch der Machtübernahme“ oder allein der durch die von den Nationalsozialisten propagierte und von den nationalsozialistischen Kräften mitgetragene Aufbruchstimmung irre geleitete Enthusiasmus, der die Verbände der „Schleswig-Holstein-Bewegung“ 1933 dazu brachte, in uneingeschränktem Zustimmungsjubel über den Sieg der NSDAP auszubrechen. Sicher sind damit keineswegs alle Aspekte nationalsozialistischer Politik und alle späteren Konsequenzen der nationalsozialistischen Machtübernahme bejaht und begrüßt worden. Sicher gab

es nicht wenige, die sich zu diesem Zeitpunkt gewissen Illusionen über die Herrschaftspraxis der NSDAP hingaben oder die Augen vor einigen ihnen mißfallenden — wie sie glauben wollten — „Begleiterscheinungen“ verschlossen. Und eine Pointe besonderer Art stellt in diesem Zusammenhang die Enttäuschung jener Schleswig-Holsteiner dar, die vom Nationalsozialismus eine schnelle Grenzrevision im nördlichen Schleswig erwartet hatten. Aber als damals aus den Reihen der „Schleswig-Holstein-Bewegung“ das Bekenntnis laut wurde, man habe schon immer die Ziele des Nationalsozialismus verfochten, so ist darin nicht nur der in der dieser Phase wohlfeile Opportunismus zu erkennen, sondern es liegt darin auch ein gut Teil an historisch-objektiv überprüfbarer Wahrheit. Diese ist in historischen Darstellungen, die auf diese Zusammenhänge eingehen, häufig mit einer Theorie übertüncht, in der die Nationalsozialisten als die raffinierten Manipulateure und Profiteure idealistischer Bestrebungen fungieren. Dementsprechend sind Vertreter von wegbereitenden ideologischen Strömungen zu von Blindheit geschlagenen, eher beklagenswerten Opfern, die den „wahren Charakter des Nationalsozialismus“ nicht erkannt hätten, umstiliert. Diese apologetisch zweckgefärbte Interpretation muß als Bestandteil jener Legende gesehen werden, die den Nationalsozialismus als ein von Außenseitern der Gesellschaft angezettelt Verschörungswerk begreift. Gegenüber diesen den Nationalsozialismus aus der deutschen Geschichtskontinuität herausnehmenden Erklärungsversuchen ist festzuhalten, was sich in Schleswig-Holstein in den Jahren vor 1933 sehr deutlich zeigte: Der allgemeine, weit über den Kreis der eigentlichen „Schleswig-Holstein-Bewegung“ hinaus vorhandene, eklatante Mangel an Wahrnehmungsfähigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus im Bürger- und Bauerntum war nur in einem geringen Maß das Ergebnis raffinierter Täuschung, er beruhte vielmehr auf einem Konsensus in wesentlichen Punkten. Viele der nationalsozialistischen Parolen faßten lediglich weitverbreitete Vorstellungen und Ressentiments in schlagkräftige Propagandabilder. Viele der von den Nationalsozialisten vertretenen Ansichten unterschieden sich grundsätzlich kaum von den Anschauungen, die von den Leitgruppen dieser Bevölkerungsschichten gehegt wurden — sie waren in der Regel nur extremer. Über diese inhaltlichen Konvergenzen hinaus war der politische Bewußtseinszustand der sogenannten geistigen Elite überwiegend von einer allgemein irrationalen Struktur, die den Rest an Wahrnehmungsfähigkeit weiter reduzierte und somit die Möglichkeiten eines geistig-politischen Widerstandes gegen das Aufkommen des Nationalsozialismus stark einschränkte. Diese Zusammenhänge zwischen dem Bewußtseinszustand eines Großteils des Bürger- und Bauerntums einerseits und dem Aufkommen des Nationalsozialismus andererseits beschränkten sich keineswegs auf Schleswig-Holstein. Ebenso wie die „Schleswig-Holstein-Bewegung“ nicht isoliert von dem in ganz Deutschland

grassierenden „Antidemokratischen Denken“ betrachtet werden kann, so ist auch die Gesamtentwicklung in Schleswig-Holstein keineswegs ein atypischer Ausnahmefall, sondern vielmehr das extreme Modellbeispiel der allgemeinen Entwicklung in der Weimarer Republik. Die spezifischen Eigentümlichkeiten in der nördlichen Grenzprovinz sorgten dafür, daß hier die in Deutschland sich allgemein vollziehenden Entwicklungen besonders plastisch hervortraten und deren Ursachen und Symptome besonders deutlich erkennbar sind.

Auf Wunsch bringen wir folgende Ergänzung zum Beitrag

Von der Schwierigkeit, Zeitgeschichte zu schreiben

Zur Geschichte des Deutschen Gymnasiums in Nordschleswig

Heft 4/81, S. 192-199

Das Interview mit dem Rektor des Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig, Hans Jürgen Nissen, und mir enthält eine Äußerung, in der ich darauf hinweise, daß *bis* und auch noch *nach* Verhängung des Ausnahmezustandes in Dänemark im Jahre 1943 „Besuche dänischer Zensoren im Deutschen Gymnasium stattgefunden haben“ (S. 198). Der dänische Leser hegt nun — vielleicht auch mit gewissem Recht — die Befürchtung, daß hier das Mißverständnis aufkommen könnte, es habe sich um „*politische Kontrolleure*“ des Unterrichtsministeriums gehandelt.

Zur Richtigstellung bzw. Erläuterung für den deutschen Leser sei folgendes gesagt: Zensoren — im gymnasialen Bereich — sind Lehrer, die vom Unterrichtsministerium delegiert als „Beisitzer“ an den mündlichen Abiturprüfungen (studentereksamen) teilnehmen und zusammen mit dem Fachlehrer die Noten für die gezeigten Leistungen festsetzen. Ferner haben sie darauf zu achten, daß die Examina entsprechend den geltenden Vorschriften durchgeführt werden — primär also ganz sicher *keine* politische Funktion.

Ein zweiter Kreis von Besuchern des Deutschen Gymnasiums waren die sog. „fachlichen Mithelfer“ (faglige medhjelpere) des Unterrichtsinspektors, Damen und Herren, die im Aufträge des Unterrichtsministeriums in Kopenhagen fachlich-pädagogischen Beratungsdienst an den Gymnasien leisteten. Gab es Veranlassung zu fachlicher oder pädagogischer Kritik bei diesen Besuchen, so hatten sie dem Unterrichtsinspektor darüber Bericht zu erstatten.

Ein dritter Besucher war der damalige Unterrichtsinspektor (der unmittelbar dem Unterrichtsminister nachgeordnete Beamte, praktisch der „Abteilungsleiter“ für die Gymnasien) Dr. A. Højberg-Christensen selber, der häufiger Gast im Deutschen Gymnasium in Apenrade war.

Soweit meine Richtigstellung zu den dänischen Besuchern des Deutschen Gymnasiums. Die Häufigkeit der Besuche in den von mir genannten Fächern Deutsch, Geschichte und Biologie (hier war damals auch die „Rassenlehre“ angesiedelt) überrascht nach wie vor — oder auch nicht, wenn man sich die wohl unumstößliche Tatsache vor Augen hält, daß das Deutsche Gymnasium in Apenrade sicher *vor* 1945 „ein ungeliebtes Kind“ in der Familie der dänischen Gymnasien war. Endgültige Klarheit über Personen und Unterrichts- bzw. Prüfungsinhalte werden wir heute wohl nur bekommen, wenn es gelingt, Einblick in die internen dänischen Akten zu erhalten. So mancher gewachsene Mythos könnte dann vielleicht beseitigt werden.

Immo Doege

Bruno Diekmann gestorben

Am 11. Januar 1982 starb im Alter von 84 Jahren Bruno Diekmann, einer der leitenden Männer in Schleswig-Holstein in den Aufbaujahren nach 1945. Er wurde am 19. April 1897 in Kiel geboren und war schon gleich nach dem Ersten Weltkrieg politisch und gewerkschaftlich aktiv. In der NS-Zeit verlor er seine Existenz, mußte sogar ins Konzentrationslager. Seit 1946 gehörte er als SPD-Mitglied dem Landtag an und wurde Wirtschaftsminister im Kabinett Hermann Lindemanns. Er setzte sich bei der britischen Besatzungsmacht gegen die Demontage von Industrieanlagen ein und förderte die Wiederaufnahme der Produktion. Die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge lag ihm ebenso am Herzen wie die Sicherung der Rechte der dänischen Minderheit und die Einrichtung demokratischer Institutionen. 1949 löste er Lindemann als Ministerpräsident unseres Landes ab. Er war es, der am 26. September 1949 die vom Landtag fast einstimmig gebilligte „Kieler Erklärung“ der schleswig-holsteinischen Landesregierung abgab, in der – 6 Jahre vor den Bonn-Kopenhagener Erklärungen – stand: „Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.“ Die Befriedung des Grenzlandes nahm damit ihren Anfang und führte schon bald zur Schaffung eines Verständigungsausschusses und zu Gesprächen des Bundes deutscher Nordschleswiger mit der dänischen Regierung Hedtoft. Diekmann mußte 1950 sein Amt als Ministerpräsident an Walter Bartram (CDU) abgeben. Von 1953 bis 1969 hat er anschließend als Bundestagsabgeordneter gewirkt und sich auch dabei hohe Verdienste um die deutsche Demokratie erworben.

Günther Jansen, Landesvorsitzender der SPD, und Klaus Matthiesen, Oppositionsführer im Landtag, erklärten, mit Bruno Diekmann verliere die SPD einen Mann, der mit unbestechlichem moralischen Engagement gehandelt und die Geschichte unseres Landes in seiner Zeit geprägt und gestaltet habe. Auch Ministerpräsident Dr. Stoltenberg kennzeichnete Diekmann als eine „Persönlichkeit, die menschliche Sympathie gewann und die Interessen aller Bürger in den Vordergrund stellte“. Wörtlich sagte Stoltenberg: „Unser Land verdankt ihm viel.“

Landtagspräsident Dr. Helmut Lemke erklärte vor dem Landtag: „Mit Bruno Diekmann verlieren wir eine bedeutende Persönlichkeit der Nachkriegspolitik, einen Mann, der in der entscheidenden Phase des Wiederaufbaus an maßgeblicher Stelle mitgewirkt hat. Er war als Minister und von 1949 bis 1950 als Ministerpräsident wesentlich daran beteiligt, daß die Bürger unseres Landes in der

schwierigen Nachkriegsphase wieder zu sich fanden und den Aufbau des Landes mit Tatkraft in Angriff nahmen. Durch die von ihm maßgeblich gestaltete „Kieler Erklärung“ trug er in hohem Maße zur Befriedung der Verhältnisse beiderseits der Grenze zu Dänemark bei.“

Artur Thomsen

*

Jakob Kronika

Jakob Kronika, als früherer Vertreter der dänischen Minderheit bei der Reichsregierung in Berlin und als Chefredakteur von Flensburg Avis, eine der großen Persönlichkeiten des dänischen Bevölkerungsteiles im Landesteil Schleswig, beging im Januar 1982 seinen 85. Geburtstag. Kronika, am 8. Januar 1897 in Broacker geboren, ist in Flensburg aufgewachsen, wo er auch sein Abitur machte. Nach Teilnahme am Ersten Weltkrieg und Studien in Kiel und Kopenhagen wurde sein Interesse für die nationale Frage während der Abstimmung in der 2. Zone geweckt, und er wurde u. a. Sekretär des Mittelschleswigschen Ausschusses. 1919 übernahm er zusammen mit dem Lehrer Julius Bogensee die Leitung des auf deutsch geschriebenen Blattes „Flensburger Norddeutsche Zeitung“. Nach der Errichtung des dänischen Generalsekretariats 1924 wurde Kronika der erste Generalsekretär dieser Institution, und 1925 übernahm er mit Ernst Christiansen die Weiterführung der auf deutsch geschriebenen Presse, jetzt herausgegeben unter dem Titel „Der Schleswiger“.

1932 ging Kronika nach Berlin und arbeitete dort als Korrespondent für „Flensburger Avis“, bis das Propagandaministerium seine gesamte Wirksamkeit verbot. Er schrieb auch für eine Anzahl anderer Zeitungen in Dänemark und Schweden. Kronika wußte sich gute Verbindungen zu beschaffen, so daß er über die Verhältnisse im Deutschen Reich immer gut informiert war. So hat er die dänische Regierung vor einer deutschen Invasion schon 1939 gewarnt. Ihm wurde aber nicht geglaubt, im Gegenteil, man forderte ihn auf, die Bevölkerung nicht mit „solchen Schreckensnachrichten“ zu beunruhigen – bis die Invasion dann kam. Sein Ansehen bei den Kollegen in Berlin führte dazu, daß er ein offizieller Vertreter der ausländischen Journalisten gegenüber den deutschen Behörden wurde. Während seines ganzen Aufenthaltes in Berlin war Kronika offizieller Vertreter der dänischen Minderheit in Berlin und hat in dieser Eigenschaft seiner Minderheit große Dienste erwiesen.

Zum Schluß des Zweiten Weltkrieges war Kronika offiziell verantwortlich für die dänische Botschaft in Berlin. Es kamen damals einige dänische Kriegsteilnehmer auf deutscher Seite zur Botschaft, um vor den Russen geschützt zu werden. Natürlich konnten sie im Bunker der Botschaft nicht untergebracht werden, Kronika

versteckte sie aber im Keller der Botschaft, gegen ihr Ehrenwort, daß sie verschwinden würden, sobald die Kämpfe aufhörten.

1960 bis 1964 war Kronika Chefredakteur von Flensburg Avis. Danach zog er nach Kopenhagen, wo er noch immer lebt.

Olav Meinhardt

*

Mitgliederbewegung

Die Mitgliederzahl des „Sydslesvigsk Forening“, die kulturelle Hauptorganisation der dänischen Volksgruppe, betrug am Jahresanfang 21 338. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Zuwachs von 43. Seit 1971 ist die Mitgliederzahl fast konstant geblieben.

Südschleswigscher Pressedienst

10.2.1982

*

Der deutsche Staat sollte für Volksgruppen-Arbeit aufkommen

Wir sind in der Auffassung bestärkt worden, daß die Aktivitäten der dänischen Volksgruppe ausschließlich vom Land Schleswig-Holstein und den deutschen Kommunen finanziert werden sollten und der dänische Staat somit von dieser Aufgabe entlastet werden sollte. Das erklärten die drei Parlamentsabgeordneten der dänischen Fortschrittspartei, John Arentoft, Leif Glensgaard und Tove Niemann als Abschluß eines dreitägigen Besuchs bei der dänischen Volksgruppe im Landesteil Schleswig. Während ihres Aufenthaltes hatten sie sich u. a. über die Schul- und Jugendarbeit sowie über die kirchliche Betreuung der Volksgruppen-Mitglieder informiert.

Alle drei Parlamentsabgeordneten sprachen sich sehr lobend über die Arbeit der dänischen Minderheit aus. Im Jahre 1981 leitete der dänische Staat für Aktivitäten der dänischen Volksgruppe einen Zuschuß von umgerechnet DM 58 Mill.

Südschleswigscher Pressedienst

10.2.1982

Harro-Harring-Gesellschaft in Husum gegründet

Am 28. August 1981 wurde in Husum die Harro-Harring-Gesellschaft gegründet. Den Festvortrag hielt Professor Dr. Walter Grab von der Universität Tel Aviv über „Harro Harring – ein nordfriesischer Odysseus der Freiheit“. Harro Harring,

Revolutionär, Dichter und Maler, 1798 auf dem Ibenshof in Nordfriesland geboren, ist heute von der Öffentlichkeit fast vergessen. Völlig zu Unrecht, wie die Vertreter der Harring-Gesellschaft meinen; denn Harrings eigengeartete Persönlichkeit, sein unbändiger Freiheitsdrang, sein abenteuerliches Leben und seine intensive Tätigkeit als Literat und Maler verdienen es, beachtet und genauer erforscht zu werden.

Harro Harring, der Sohn eines Bauern und späteren Deichgrafen, machte zunächst eine Lehre in der Zollverwaltung in Husum. Später wollte er Schlachtenmaler werden. Er besuchte die Universitäten in Kopenhagen und Dresden. Hier wird er von dem radikalsten Flügel der deutschen Burschenschaft beeinflusst und sein späterer Lebensweg entscheidend geprägt. Er beginnt sich für die unterdrückten Völker einzusetzen und gegen die herrschenden Fürsten wütende Gedichte, Pamphlete, Romane und Zeitungsartikel zu schreiben. Er kämpft mit um die Freiheit Griechenlands und Polens; er will in Prag den Anführer des griechischen Aufstandes, Alexander Ypsilantis, befreien und muß darum Hals über Kopf fliehen. Er fehlt nicht bei der Julirevolution 1830 in Leipzig und Braunschweig; auf dem Hambacher Fest 1832 stiftet er Unruhe, er ist beteiligt an den Konspirationen um den Sturm auf die Frankfurter Hauptwache, und beim Savoyezug 1834 in der Schweiz und in Italien ist er auch dabei. Er wird zum Berufsrevolutionär, zum Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit, er konspiriert, wiegelt auf, intrigiert und wird dafür von allen Polizeien Europas gehetzt, von Spitzeln verfolgt, verhaftet, in die Kerker geworfen und ausgewiesen. Mehrfach versucht Harring, sich eine bürgerliche Existenz aufzubauen. Er hat Erfolge als Theaterdichter in Wien, München und Prag. Es gibt jedoch zuviel Knechtschaft und Unterdrückung in der Welt, so daß Harring, rastlos jede Freiheitsbestrebung witternd, diese schreibend, malend, kämpfend begleitet und dafür alles andere aufgibt.

In Deutschland sind alle seine Schriften verboten, sie finden aber unter der Hand weite Verbreitung und sind nicht ohne Einfluß auf die gerade entstehende Arbeiterbewegung. Harring ist zur Fahndung ausgeschrieben und ständig auf der Flucht. Seine Energie scheint ungebrochen. Er reist fast um die ganze Welt, auch nach Nord- und Südamerika, wo er das Elend der Negersklaven sieht und in vielen Skizzen festhält. Als Mitstreiter Garibaldi's hilft er die Gründung der „Vereinigten Staaten von Südamerika“ voranzutreiben.

Mit vielen berühmten Männern und Frauen des 19. Jahrhunderts verbindet ihn mehr als eine flüchtige Bekanntschaft. Caspar David Friedrich, Heinrich Heine, Ludwig Börne, Guiseppe Mazzini, Guiseppe Garibaldi und Sarah Margaret Fuller haben viel Sympathie für Harring und helfen ihm, wenn er wieder einmal völlig ausgebrannt ist vom Kampf und Zweifel und Depressionen an seiner Seele nagen. Nach seinem mißglückten Versuch, 1848 in Bredstedt den nordfriesischen

Freistaat auszurufen – die Friesen haben nicht das rechte Verständnis für die tollkühnen Formulierungen des Weltrevolutionärs – und weiteren Reisen nach Brasilien, USA, Norwegen, England und Dänemark, verbringt er die letzten Jahre seines Lebens auf der Kanalinsel Jersey. In bitterer Armut und Einsamkeit, geplagt von Depressionen und Paranoia beendet er 1870 sein Leben durch eigene Hand. Er hinterläßt über 100 Bände Literatur und zahllose Zeichnungen, Bilder und Karikaturen.

Zu den Zielen und Aufgaben der Harro-Harring-Gesellschaft gehört es, Leben, Werk und Wirken des Revolutionärs, Dichters und Malers wissenschaftlich zu erforschen und aufzuarbeiten. Dabei soll Haring nicht unabhängig von den kulturellen, politischen und geistesgeschichtlichen Strömungen seiner Zeit gesehen werden. Wegen seiner vielfältigen Begabungen, seiner eigengearteten Persönlichkeit und seiner neurotischen Veranlagung können hierbei Vertreter verschiedener Geisteswissenschaften beteiligt werden: Germanisten, Historiker, Theologen und Psychologen. Durch Vorträge, Veranstaltungen, Ausstellungen und die Herausgabe von Haring-Werken und Beiträgen über Haring und seine Zeit soll eine breite Öffentlichkeit interessiert werden.

Eine weitere Aufgabe ist der Auf- und Ausbau einer Spezialbibliothek und die Herausgabe eines Mitteilungsblattes an die Mitglieder der Harro-Harring-Gesellschaft. Kontakte zu Hochschulen und Universitäten sollen aufgebaut werden, damit Semester- oder Examensarbeiten oder andere wissenschaftliche Arbeiten über Haring und seine Zeit vergeben werden können. Die Zusammenarbeit mit allen interessierten wissenschaftlichen Institutionen, insbesondere solchen, die Regionalforschung über Personen oder Ideen betreiben, die bisher von der Geschichtsschreibung nur unzureichend gewürdigt wurden, wird angestrebt.

In den Vorstand der Harro-Harring-Gesellschaft wurden die beiden gleichberechtigten Präsidenten Dr. Ulf von Hielmcrone, Husum, und Dr. Ullrich Schulte-Wülwer, Flensburg, gewählt sowie zwei Sekretäre, Perke Heidt und Klaus Bästlein, Husum. Schatzmeister wurde Gerd Dryssen, Rantrum, und Beisitzer Dr. Klaus-Peter Lengsfeld, Husum, Thomas Steensen und Reimer-Kay Holander, Bredstedt. Professor Dr. Walter Grab wurde von der Gründungsversammlung zum Ehrenpräsidenten der Gesellschaft ernannt. Die Geschäftsstelle befindet sich im Tönnieshaus, Neustadt 57, 2250 Husum.

Pressemitteilung der Harro-Harring-Gesellschaft